

Freistaat Bayern

# Haushaltsplan

2021

## **Einzelplan 04**

für den Geschäftsbereich  
des Bayerischen Staatsministeriums  
der Justiz

# Inhalt

	Seite
<b>Vorwort</b> .....	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2021 .....	5
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung .....	6
Titelumsetzungen im Haushalt 2021 .....	7
Kapitel <b>04 01</b> Ministerium .....	8
Kapitel <b>04 02</b> Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04 .....	18
Kapitel <b>04 04</b> Gerichte und Staatsanwaltschaften .....	26
Kapitel <b>04 05</b> Justizvollzugsanstalten .....	54
<b>Abschluss</b> .....	85
<b>Übersicht</b> Verpflichtungsermächtigungen .....	86
<b>Anlage S</b> Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04 .....	89
<b>Stellenplan</b> .....	115

# Vorwort zum Einzelplan 04 Staatsministerium der Justiz

## A. Aufgaben und Aufbau des Staatsministeriums der Justiz

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz umfasst insbesondere die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Strafrechtspflege, den Justizvollzug, die Angelegenheiten der Rechtsanwälte und das Notariatswesen. Dem Ministerium gehören derzeit gut 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Es ist oberste Dienstbehörde für rd. 16.400 Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer, Gerichtshelfer, Beamte und tarifliche Arbeitnehmer sowie für rd. 6.200 Bedienstete im Justizvollzug. Das Staatsministerium der Justiz wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes und des Freistaates Bayern vor allem auf den Gebieten des Zivil- und Strafrechts sowie des Verfahrensrechts mit. Ferner ist es zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt. Das dem Staatsministerium der Justiz angegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen sämtlicher Qualifikationsebenen der Fachlaufbahn Justiz.

Zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz gehören am 1. Januar 2021:

- 1 Bayerisches Oberstes Landesgericht,
- 3 Oberlandesgerichte,
- 3 Generalstaatsanwaltschaften,
- 22 Landgerichte,
- 22 Staatsanwaltschaften,
- 73 Amtsgerichte mit 2 Zweigstellen,
- 36 Justizvollzugsanstalten (einschließlich 2 Einrichtungen für Abschiebungshaft) mit 1 angeschlossenen Einrichtung für Sicherungsverwahrung sowie 6 angeschlossenen Jugendarrestanstalten,
- die Bayerische Justizvollzugsakademie in Straubing.

In die Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg ist die Bayer. Justizakademie in Pegnitz eingegliedert.

Beim Oberlandesgericht München ist aufgrund des Art. 68 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern der Verfassungsgerichtshof gebildet. Die Einnahmen und Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof sind daher im Einzelplan 04 veranschlagt.

## B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Bei der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg wurde im Jahr 2020 die "**Zentralstelle zur Bekämpfung von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen in Bayern**" (ZKG) eingerichtet. Am 1. Oktober 2020 wurde das "Zentrum zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch" (ZKI) in Betrieb genommen. Das ZKI ist unter dem Dach der 2015 gegründeten "Zentralstelle Cybercrime Bayern" bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg angesiedelt. Die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) wird 2021 den Betrieb aufnehmen. In Deutschland sollen dabei fünf Zentren der Delegierten Europäischen Staatsanwälte errichtet werden, eines davon bei der Generalstaatsanwaltschaft München. Die EuStA wird Straftaten gegen die finanziellen Interessen der EU verfolgen.

## C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

## 2. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen (ohne Personalausgaben)

	2021 Tsd. €	2020 Tsd. €
<b>2.1 Sächliche Verwaltungsausgaben</b>		
Auslagen in Rechtssachen .....	473.390,9	459.390,9
Versorgung der Gefangenen .....	37.720,0	34.320,0
Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten .....	15.758,6	15.158,6
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben .....	236.545,9	205.361,6
	<b>763.415,4</b>	<b>714.231,1</b>
<b>2.2 Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>		
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen .....	5.860,0	5.300,0
Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld für Gefangene .....	16.500,0	16.000,0
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit .....	4.300,0	5.500,0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse .....	15.456,4	13.252,8
	<b>42.116,4</b>	<b>40.052,8</b>
<b>2.3. Baumaßnahmen</b>		
Baumaßnahmen bis einschließlich 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall .....	27.529,6	23.029,6
Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall .....	126.000,0	78.500,0
	<b>153.529,6</b>	<b>101.529,6</b>
<b>2.4 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</b>		
Beschaffung von Fahrzeugen .....	1.700,0	900,0
Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten (einschl. Kosten der Datenverarbeitung) .....	61.278,5	47.266,4
	<b>62.978,5</b>	<b>48.166,4</b>
<b>2.5 Besondere Finanzierungsausgaben</b>		
Justizstatistik .....	288,6	270,6
Globale Minderausgabe .....	- 14.389,6	- 3.389,6
Sonstige Ausgaben .....	8,6	8,6
	<b>- 14.092,4</b>	<b>- 3.110,4</b>

## D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

## Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2021

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
  - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
  - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.  
Für das Vergabebudget für die Leistungsbezüge und Leistungsprämien sind in den jeweiligen Sammelkapiteln eigene Titel 422 45 (Beamte) und 428 45 (Arbeitnehmer) ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:  
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.  
Dabei werden
  - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
  - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (\*\*\*) ausgedruckt,
  - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 5 nach „Sächliche Verwaltungsausgaben“ (Obergruppen 51 bis 54) und „Ausgaben für den Schuldendienst“ (Obergruppen 56 bis 59) getrennt,
  - 5.4 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
  - 5.5 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
  - 5.6 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

## **Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung**

Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2021 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 01 Tit. 459 01
- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 516 01, 823 10 und
- Kap. 04 05 TG 71 und TG 72.

**Titelumsetzungen im Haushalt 2021**

Es wurden folgende Titelumsetzungen durchgeführt:

	bisher Kapitel/Titel	neu Kapitel/Titel
Justizvollzugsanstalten	04 05/520 01	04 05/516 01

**04 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>Einnahmen</b>					
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>					
111 01-5	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	22,0	A B C	22,0 24,6 30,1
119 01-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1,0	A B	1,0 0,0
119 11-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	A C	--- 0,0
119 49-1	011	Vermischte Einnahmen	0,5	A B C	0,5 11,8 0,5
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Die Mehreinnahmen in Zusammenhang mit der Durchführung von Veranstaltungen im Justizpalast in München erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 01 Gr. 517. Der Stiftung Opferhilfe können Räume des Staatsministeriums der Justiz zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste) des Ministeriums unentgeltlich zugreifen.</i>	2,0	A B C	2,0 2,4 1,0
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>					
231 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	A	---
232 01-9	011	Sonstige Erstattungen von Ländern	---	A	---
<b>Gesamteinnahmen</b>			25,5	A B C	25,5 38,8 31,7
<b>Ausgaben</b>					
<b>Personalausgaben</b>					
421 01-0	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	235,2	A B C	220,3 223,9 237,4
422 01-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	10.156,4	A B C	10.202,4 9.523,2 9.518,4
422 31-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	2.785,7	A B C	27,2 2.651,7 10,5
422 41-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	A	---
428 01-3	011	Entgelte der Arbeitnehmer	2.546,7	A B C	2.286,2 2.340,8 2.144,1



---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 01/421 01**

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**2021**  
Tsd. €

Davon

Dienstaufwandsentschädigungen

7,8

**Zu 04 01/422 01 (und 422 31)**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 04 01/422 41 (und 428 41)**

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

**Zu 04 01/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**04 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018	
				A B C	Tsd. €
1	2	3	4	5	
428 11-1	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	50,0	A B C	50,0 3,4 32,3
428 21-9	011	Entgelte der Arbeitnehmer	226,1	A B C	170,7 214,8 210,2
428 41-5	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	A B C	--- 17,2 17,9
453 01-1	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,0	A B C	50,0 25,2 38,2
459 01-5	011	Prüfungsvergütungen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €</i> 625,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.550,0	A B C	2.450,0 1.898,9 1.758,0
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>					
511 01-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €</i> 300,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	510,0	A B C	460,0 447,5 412,0
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	88,2	A B C	88,2 67,3 98,9
514 11-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	2,8	A B C	2,8 2,4 2,4

## Erläuterungen

**Zu 04 01/428 11**

Veranschlagt sind Mittel für die Einstellung von Aushilfsbeschäftigten zur Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs an Arbeitsleistung.

**Zu 04 01/428 21**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 01/428 41**

Vgl. Erläuterung zu Titel 422 41.

**Zu 04 01/453 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Trennungsgeld	30,0
2. Umzugskostenvergütungen	20,0
Zusammen	<u>50,0</u>

Mitveranschlagt sind Kosten für an die Europäische Union entsandte Beamte (EU-Stellenpool).

**Zu 04 01/459 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Prüfervergütungen	1.730,0
2. Entgelte an Aufsichtskräfte	75,0
3. Sachbedarf	45,0
4. Mieten für Prüfungsräume	575,0
5. Reisekosten der Prüfer	125,0
Zusammen	<u>2.550,0</u>

2021 gegenüber 2020:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/511 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	194,9
2. Bücher und Zeitschriften	140,0
3. Kommunikation	42,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	60,6
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	58,5
6. Sonstiges	14,0
Zusammen	<u>510,0</u>

2021 gegenüber 2020:

Mehr 50,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/514 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	58,2
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	30,0
Zusammen	<u>88,2</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	88,2
Personalausgaben	430,6
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	30,0
Zusammen	<u>548,8</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2021	Soll 2020	am 1.2.2020	
			gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	7	7	7	7
Lastkraftwagen	-	-	-	-

**Zu 04 01/514 11**

Für 7 planmäßige Beamte des Offiziantendienstes ist ein Dienstbekleidungszuschuss von jährlich je 123 € veranschlagt. Ferner sind u.a. 2,0 Tsd. € Dienstkleidungszuschüsse an die ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

**04 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	67,7	A B C	67,7 24,2 28,8
517 05-1	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	A	---
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	A B C	2,0 2,0 1,8
518 11-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	90,0	A B C	90,0 29,7 54,8
518 18-5	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 60,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	30,0	A B C	30,0 24,4 26,6
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	25,0	A B C	25,0 9,4 41,9
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	300,0	A B C	300,0 264,3 271,3
529 01-1	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	26,0	A B C	15,0 22,5 19,6
531 01-7	011	Herausgabe amtlicher Blätter	10,0	A C	10,0 9,7
531 11-5	011	Fachveröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21 und Kap. 04 02 Tit. 531 21.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	337,5	A B C	140,0 87,2 63,9
531 21-3	013	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11 und Kap. 04 02 Tit. 531 21.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	18,8	A B C	18,8 17,7 6,2
546 49-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	20,0	A B C	20,0 20,3 22,1
<u>547 01-9</u>	011	Ausrichtung der Justizministerkonferenz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 170,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	A	
<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>					
684 01-2	011	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	7,5	A B C	7,2 65,4 3,7
686 02-9	011	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 185,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	184,7	A B C	245,0 93,7 120,8

## Erläuterungen

**Zu 04 01/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

**Zu 04 01/519 01**

Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

**Zu 04 01/529 01**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 11,0 Tsd. € infolge Umsetzung aus Kap. 13 03 Tit. 529 03.

**Zu 04 01/531 11 und 04 01/531 21**

Die Öffentlichkeitsarbeit hat die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über den Inhalt von Gesetzen und deren Änderungen sowie sonstige staatliche Maßnahmen zu vermitteln. Sie sollen damit über ihre Rechte und Pflichten informiert werden, um sie in die Lage zu versetzen, von den durch die Rechtsordnung eröffneten Möglichkeiten im persönlichen Bereich in angemessener Weise Gebrauch machen zu können.

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Justizministeriums zählen neben Informationen der Bevölkerung durch die Herstellung und Herausgabe von Publikationen auch Informationen durch Internetauftritt, Multimediabeiträge, Durchführung von Informationsveranstaltungen/Kongressen, Messeauftritte, der Tag-der-offenen-Tür sowie andere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Aus dem Ansatz können insbesondere auch die Kosten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Baubereich (z.B. Spatenstiche, Einweihungsfeiern) finanziert werden. Darüber hinaus fallen Kosten an für die klassische Pressearbeit (Pressebetreuung, Pressekonferenzen, Pressefotos, Presseveranstaltungen u.a.).

**Zu 04 01/531 11**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Öffentlichkeitsarbeit	185,0
2. Nachwuchsgewinnung	15,0
Zusammen	200,0

2021 gegenüber 2020:

60,0 Tsd. € mehr infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung,

100,0 Tsd. € mehr entsprechend dem Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/13028,

37,5 Tsd. € mehr entsprechend dem Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/13029,

197,5 Tsd. € mehr.

**Zu 04 01/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstourneen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 10,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

**Zu 04 01/547 01**

Veranschlagt sind die Kosten für die Durchführung der 93. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister, die im Jahr 2022 in Bayern stattfindet. Enthalten sind insbesondere die benötigten Sachmittel (u. a. Aushilfsarbeitnehmer, Geschäftsbedarf, Mietkosten, Veranstaltungskosten und Öffentlichkeitsarbeit).

**Zu 04 01/684 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
Beiträge	0,1
- Deutsche Vereinigung für Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe e.V.	0,1
- Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1,0
- Herausgabe der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe"	2,1
- Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg i. B.	0,2
- Verein zur Förderung eines Instituts für Anwaltsrecht in München	0,8
- European Judicial Training Network (EJTN)	3,2
- Rechts- und Justizstandort Bayern e.V.	0,1
Zusammen	7,5

**Zu 04 01/686 02**

Beteiligung an kriminologischen und anderen Forschungsvorhaben.

2021 gegenüber 2020:

Weniger 60,3 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

**04 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A B C	Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>					
811 01-8	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	A B	--- 2,1
812 01-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	140,0	A B C	140,0 89,3 91,0
<b>Titelgruppen</b>					
<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>					
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>					
511 99-4	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	176,0	A B C	176,0 190,7 146,7
514 99-1	011	Verbrauchsmittel	55,0	A B C	55,0 57,3 46,8
518 99-7	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	8,5	A	8,5
519 99-6	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	32,9	A B C	32,9 29,6 29,6
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	18,7	A B C	18,7 3,0 3,0
526 99-7	011	Ausgaben für Sachverständige	220,0	A B C	220,0 206,6 44,5
533 99-8	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	A	---
534 99-7	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	88,0	A B	88,0 181,5
812 99-0	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	165,0	A B C	165,0 19,3 381,8
<b>Summe der Titelgruppe</b>			764,1	A B C	764,1 687,9 652,4
<b>Gesamtausgaben</b>			21.224,4	A B C	17.882,6 18.856,6 15.894,7

---

**Erläuterungen**


---

<b>Zu 04 01/812 01</b>		<b>2021</b>
Veranschlagt sind Ausgabemittel für:		Tsd. €
1.	Gleitregalanlagen für die Registratur	-
2.	Dienstzimmereinrichtungen	120,0
3.	Maschinen und Geräte	20,0
	Zusammen	140,0

**Zu 04 01/99**

Aufrechterhaltung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie Ersatzbeschaffungen für derzeit eingesetzte DV-Systeme. In der Systemverwaltung und der Benutzerbetreuung sind insgesamt drei Bedienstete beschäftigt.

<b>Zu 04 01/511 99</b>		<b>2021</b>
		Tsd. €
1.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	44,0
2.	EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-
3.	Mieten und Wartung	132,0
4.	Bücher und Zeitschriften	-
5.	Sonstiges	-
	Zusammen	176,0

Neben den vertraglich festgelegten Aufwendungen fallen insbesondere die Ausgaben für die Fortführung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes im Zusammenhang auch mit der Fortentwicklung des Dokumentenmanagementsystems eGov-Suite an.

**04 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A	Ist 2019
1	2	3	4	Ist 2018 Tsd. €	
				5	
		<b>Abschluss</b>			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	25,5	A	25,5
				B	38,8
				C	31,7
		<b>Gesamteinnahmen</b>	25,5	A	25,5
				B	38,8
				C	31,7
		Personalausgaben	18.600,1	A	15.456,8
				B	16.899,2
				C	13.967,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.127,1	A	1.868,6
				B	1.687,7
				C	1.330,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	192,2	A	252,2
				B	159,1
				C	124,5
		Sonstige Sachinvestitionen	305,0	A	305,0
				B	110,6
				C	472,7
		<b>Gesamtausgaben</b>	21.224,4	A	17.882,6
				B	18.856,6
				C	15.894,7
		<b>Zuschuss</b>	21.198,9	A	17.857,1
				B	18.817,8
				C	15.863,0





**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>Einnahmen</b>					
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>					
236 12-0	051	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	A	200,0
271 01-9	051	Erstattungen von der EU zur Durchführung von Twinning-Projekten <i>Vgl. Vermerk zu 04 04/527 01.</i>	---	A	---
281 01-7	051	Erstattung von Prozesskosten	1,0	A B C	1,0 4,9 0,7
<b>Gesamteinnahmen</b>			1,0	A B C	201,0 4,9 0,7
<b>Ausgaben</b>					
<b>Personalausgaben</b>					
422 41-9	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	250,0	A	250,0
422 44-6	059	Zuschläge zur Gewinnung von IT-Fachkräften gem. Art. 60a BayBesG <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	100,0	A B	100,0 27,2
422 45-5	059	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	633,3	A B C	633,3 641,8 628,0
428 41-3	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	200,0	A	200,0
428 45-9	059	Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	363,8	A B C	363,8 366,2 344,0
443 15-6	841	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. 13 03/461 01.</i>	1.434,5	A B C	1.000,0 1.629,3 1.528,1
443 16-5	841	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	175,0	A B C	75,0 97,1 123,0
459 11-1	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	8,0	A B C	8,0 3,7 0,8
459 31-7	841	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	A	---

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 02/236 12**

2021 gegenüber 2020:

Weniger 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Einnahmenentwicklung.

**Zu 04 02/271 01**

Veranschlagt sind Erstattungen der Europäischen Union zur Durchführung von Twinning-Projekten.

**Zu 04 02/281 01**

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen der Parteiaufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

**Zu 04 02/422 44**

Zuschläge zur Gewinnung von IT-Fachkräften gemäß Art. 60a BayBesG.

**Zu 04 02/422 45**

Veranschlagt ist das Vergabebudget für die Leistungsbezüge (Art. 68 BayBesG).

**Zu 04 02/428 45**

Veranschlagt ist das Vergabebudget für Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

**Zu 04 02/443 15**

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 434,5 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 02/443 16**

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 02/459 31**

Bei dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß Nr. 92.4 BayVwVBes an Beamte und Beamtinnen in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) nachgewiesen.

**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
461 01-9	881	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 35 (ohne der Titel innerhalb von TG) und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 (ohne der Tit. 428 12 AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) sowie im Sammelkapitel die TG 61 bis 65 verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln. Minderausgaben bei den verstärkungsfähigen Titeln dürfen zur Verstärkung dieses Ansatzes verwendet werden.</i>	3.650,0	A	12.190,0
462 01-8	881	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	A	---
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>					
525 21-9	051	Ausgaben für Gesundheitsmanagement	200,0	A B C	200,0 334,2 241,7
526 01-2	051	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 532 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	150,0	A B C	150,0 111,0 44,4
526 11-0	051	Ausgaben für Sachverständige	115,8	A B C	78,3 120,7 95,4
527 21-7	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	200,0	A B C	200,0 207,7 170,0
529 02-8	051	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	60,0	A B C	52,6 37,2 49,5
531 21-1	051	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 04 01 Tit. 531 11 und Kap. 04 01 Tit. 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	22,6	A B C	30,0 1,6 16,5
532 01-4	051	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 526 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	250,0	A B C	250,0 737,4 1.145,0
547 26-8	235	Sächliche Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 812 26.</i>	300,0	A B C	300,0 259,1 218,4
548 01-6	881	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Aus dem Ansatz dürfen die sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans ohne die Ausgaben der Gruppen 526, 529 und 531, jedoch einschließlich der Titel 531 0. verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	A	---
549 01-5	881	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgaben nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	A	---

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 02/525 21**

Der Ansatz dient zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich des Gesundheitsmanagements.

**Zu 04 02/526 11**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 37,5 Tsd. € entsprechen dem Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/13029.

**Zu 04 02/527 21**

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme insbesondere neu gewählter Personalratsmitglieder an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, Art. 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

**Zu 04 02/529 02**

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
- b) repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
- c) Veranstaltungen mit überregionalem Charakter;
- d) Zuwendungen an Opfer von Straftaten oder an Einrichtungen der Opferhilfe oder des Opferschutzes, insbesondere Zuwendungen an die Stiftung Opferhilfe Bayern.

Die Mittel werden im Allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

**Zu 04 02/531 21**

Veranschlagt sind Kosten für Öffentlichkeitsarbeit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Bereich des Justizvollzugs, insbesondere die Kosten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Baubereich (siehe auch Erläuterungen zu Kap. 04 01 Tit. 531 11).

**Zu 04 02/547 26**

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe.

**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>			
671 01-5	051	Erstattungen für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizakademie Pegnitz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	160,0	A B C	160,0 145,8 140,2
681 01-3	153	Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	305,5	A B C	305,5 76,5 127,5
684 01-0	253	Förderung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	50,0	A B C	50,0 12,2 21,1
		<b>Baumaßnahmen</b>			
702 01-8	059	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für bautechnische Untersuchungen in Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen geleistet werden. Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	160,0	A B C	160,0 425,4 1.211,1
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>			
812 26-6	235	Erwerb von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 547 26.</i>	68,4	A B C	68,4 29,5 19,9
		<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>			
972 03-9	881	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den übertragbaren Ausgabeansätzen des Einzelplans zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-14.389,6	A	-3.389,6
981 01-0	891	Erstattung an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Justizstatistik	288,6	A B C	270,6 270,6 316,9
981 16-3	891	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	8,6	A B C	8,6 8,6 15,9
989 01-2	891	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	A	---

## Erläuterungen

**Zu 04 02/671 01**

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Schülerheims des staatlichen Gymnasiums Pegnitz und der Sana Klinik Pegnitz GmbH aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizakademie Pegnitz.

**Zu 04 02/681 01**

Prämie von 2.000 € im Bereich der beruflichen Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen. Die Prämie wird im Rahmen einer freiwilligen Leistung ab 1. Januar 2014 gewährt.

**Zu 04 02/702 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Oberlandesgericht München	80,0
2. Oberlandesgericht Nürnberg	48,0
3. Oberlandesgericht Bamberg	<u>32,0</u>
Zusammen	160,0

**Zu 04 02/812 26**

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis des Erwerbs von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe.

**Zu 04 02/981 01**

Mit den veranschlagten Beträgen werden die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt (vgl. Kap. 03 07 Tit. 381 01).

**Zu 04 02/981 16**

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich. Die Einnahmen sind bei Kap. 06 16 Tit. 381 16 veranschlagt.

**Zu 04 02/989 01**

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 13 03 Tit. 989 01.

**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
1	2	3	4	C	Ist 2018
				Tsd. €	
				5	
<b>Titelgruppen</b>					
<b>61 - 65 Versorgung und Beihilfen</b>					
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i>					
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>					
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>					
432 61-2	058	Ruhegehälter	345.105,0	A	324.654,0
				B	302.872,1
				C	287.463,7
432 62-1	058	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung	64.115,0	A	61.502,5
				B	60.815,8
				C	58.765,0
438 61-6	058	Übergangsversorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	---	A	---
441 61-1	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	50.443,4	A	45.950,1
				B	44.895,3
				C	40.559,6
441 62-0	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	2.752,8	A	2.354,4
				B	2.450,0
				C	2.154,4
441 63-9	058	Pflegeleistungen an Beamte und Richter Dauerpflegefälle	---	A	---
441 64-8	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	25,0	A	25,6
				B	22,3
				C	17,8
446 61-6	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	86.519,2	A	77.473,3
				B	77.003,2
				C	71.601,1
446 62-5	058	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	A	---
				B	-5,3
				C	-10,7
<b>Summe der Titelgruppe</b>			548.960,4	A	511.959,9
				B	488.053,4
				C	460.550,8
<b>Gesamtausgaben</b>			543.724,9	A	525.674,4
				B	493.596,2
				C	467.008,3



**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A	Ist 2019
1	2	3	4	Ist 2018 Tsd. €	
				C	5
		<b>Abschluss</b>			
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1,0	A B C	201,0 4,9 0,7
		<b>Gesamteinnahmen</b>	1,0	A B C	201,0 4,9 0,7
		Personalausgaben	555.775,0	A B C	526.780,0 490.818,8 463.174,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.298,4	A B C	1.260,9 1.808,9 1.981,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	515,5	A B C	515,5 234,5 288,8
		Baumaßnahmen	160,0	A B C	160,0 425,4 1.211,1
		Sonstige Sachinvestitionen	68,4	A B C	68,4 29,5 19,9
		Besondere Finanzierungsausgaben	-14.092,4	A B C	-3.110,4 279,2 332,8
		<b>Gesamtausgaben</b>	543.724,9	A B C	525.674,4 493.596,2 467.008,3
		<b>Zuschuss</b>	543.723,9	A B C	525.473,4 493.591,3 467.007,6

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A	Ist 2019
1	2	3	4	Ist 2018 Tsd. €	
				C	5
<b>Einnahmen</b>					
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>					
111 01-9	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Auslagen in Rechtssachen (Kap. 04 04 Tit. 526 21 bis 526 33).</i>	897.900,0	A B C	793.900,0 895.160,5 854.150,6
111 02-8	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs und der öffentlichen Register	17.000,0	A B C	17.000,0 17.441,0 16.828,7
111 03-7	051	Einnahmen der Vollstreckungsbeamten an Gebühren und Auslagen <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 Tit. 459 21.</i>	45.000,0	A B C	45.000,0 45.465,7 47.087,7
112 01-8	051	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	151.000,0	A B C	160.800,0 148.734,1 146.415,2
119 11-9	051	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	1,0	A B C	20,0 2,6 3,2
119 12-8	051	Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheitsleistungen	1,0	A B	20,0 1,0
119 21-7	051	Einnahmen aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten	9.000,0	A B C	6.300,0 19.381,3 899.328,2
119 49-5	051	Vermischte Einnahmen	570,0	A B C	2.000,0 1.545,9 820,4
124 01-4	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Der Stiftung Opferhilfe können Räume zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste) unentgeltlich zugreifen.</i>	300,0	A B C	410,0 366,1 413,2
129 05-5	051	Energieeinspeisevergütungen	---	A B C	--- 20,2 5,7
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>					
231 01-4	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	3.500,0	A B C	3.500,0 14.301,7 3.114,5
232 01-3	051	Sonstige Erstattungen von Ländern	10,0	A B C	10,0 146,1 118,7
232 02-2	051	Erstattungen von Ländern für länderübergreifende EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 632 99.</i>	---	A B C	--- 465,8 559,4
235 01-0	051	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	A B C	--- 9,1 28,0

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 04 04**

Der Geschäftsbereich der Gerichte umfasst die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie weiterer Einzelbestimmungen. Daneben werden als Sonderaufgaben u.a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie nach den bayerischen Bestimmungen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten ausgeübt.

Mitveranschlagt sind die Aufwendungen für das Personal der Serviceeinheiten sowie die Einnahmen und sächlichen Ausgaben des gerichtsärztlichen Dienstes (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 14 40).

Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im Wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegen ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof bezeichneten Angelegenheiten.

**Zu 04 04/111 01**

Die veranschlagten Beträge basieren auf der voraussichtlichen Einnahmeentwicklung.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 104.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/111 02**

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Dateien aus dem maschinell geführten Grundbuch und dem maschinell geführten Handelsregister.

**Zu 04 04/111 03**

Die nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher (GvKostG) auch i.V.m. § 10 Abs. 2 Justizbeitreibungsgesetz (JBeitrG) einzunehmenden Gebühren und Auslagen werden hier veranschlagt.

**Zu 04 04/112 01**

2021 gegenüber 2020:

Weniger 9.800,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/119 11**

2021 gegenüber 2020:

Weniger 19,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/119 12**

2021 gegenüber 2020:

Weniger 19,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/119 21**

Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen oder verfallenen Vermögenswerten.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 2.700,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/119 49**

2021 gegenüber 2020:

Weniger 1.430,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/124 01**

2021 gegenüber 2020:

Weniger 110,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/231 01**

Erstattungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und nach der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen.

**Zu 04 04/235 01**

Insbesondere Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A B C	Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
235 02-9	051	Zuweisungen der Hauptfürsorgestellen <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	A B C	--- 6,1 5,0
261 01-7	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	20,0	A B C	20,0 25,0 26,1
271 01-5	051	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</i>	---	A	---
281 01-3	051	Erstattung von Prozesskosten	---	A B C	--- 0,7 0,2
<b>Gesamteinnahmen</b>			1.124.302,0	A B C	1.028.980,0 1.143.072,8 1.968.904,7
<b>Ausgaben</b>					
<b>Personalausgaben</b>					
412 01-5	051	Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, der anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs und der nichtrichterlichen Beisitzer der Gerichte	4.250,0	A B C	3.660,0 3.591,7 3.417,4
422 01-3	051	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	560.730,7	A B C	552.132,3 525.001,4 504.948,6
422 21-9	051	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	13.443,6	A B C	11.377,4 12.797,0 11.288,1
422 26-4	051	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare (einschließlich Zusatzvergütungen) <i>Erstattungen von Ausbildungsstellen für die Zahlung von Zusatzvergütungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Die Mittel sind übertragbar.</i>	64.800,0	A B C	65.800,0 52.285,9 52.471,0
422 31-7	051	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	640,6	A B C	758,6 609,8 633,1
422 41-5	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	A B C	--- 117,7 98,2
427 01-8	051	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	839,0	A B C	839,0 266,6 327,5
427 41-0	051	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 05/427 41.</i>	---	A	---
428 01-7	051	Entgelte der Arbeitnehmer	163.095,4	A B C	158.553,5 154.595,1 148.858,5
428 11-5	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 235 01 und 235 02.</i>	8.000,0	A B C	6.985,8 5.831,6 5.871,4

## Erläuterungen

**Zu 04 04/235 02**

Insbesondere Zuschüsse für Vorlesekräfte für Blinde.

**Zu 04 04/261 01**

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 138 Abs. 2 i. V. mit § 50 StVollzG zu zahlenden Unterbringungskosten, auch soweit ihre Erhebung im Wege der Überleitung von laufenden Geldleistungen (z. B. von Renten) nach § 50 SGB I erfolgt, sowie Erstattungen von sonstigen Verwaltungskosten (z.B. für die Teilnahme nichtstaatlicher Stellen an der Kantinenverpflegung).

**Zu 04 04/412 01**

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs,
- b) § 103 Abs. 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung,
- c) das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG).

Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlass von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 JVEG).

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 590,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabenentwicklung.

**Zu 04 04/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 04 04/422 21**

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

**Zu 04 04/422 26**

Die Mittel sind veranschlagt nach der Zahl der vorhandenen Rechtsreferendare und den voraussichtlichen Veränderungen im Jahr 2021.

2021 gegenüber 2020:

Weniger 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 04 04/422 41 (und 428 41)**

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

**Zu 04 04/427 01**

	<b>2021</b>
Entgelte für	Tsd. €
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	130,0
- Sonstige (z.B. für nebenamtlichen Unterricht, Aushilfstätigkeiten)	209,0
- Rechtskunde- und Rechtsbildung, insbesondere für Flüchtlinge und Asylbewerber. Aus dem Ansatz dürfen notwendige Sachausgaben bestritten werden.	500,0
Zusammen	839,0

**Zu 04 04/428 01 (428 11)**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 04/428 11**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 1.014,2 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €	
				A B C	5
1	2	3	4	5	
428 21-3	051	Entgelte der Arbeitnehmer	3.938,3	A B C	4.276,4 3.936,1 3.816,9
428 41-9	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	A B C	--- 23,4 24,0
453 01-5	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	750,0	A B C	800,0 632,4 567,1
459 21-5	051	Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kap. 04 04 Tit. 111 03.</i>	43.901,2	A B C	43.548,6 39.922,4 42.778,4
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>					
511 01-5	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 10.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	14.840,3	A B C	14.240,3 15.684,1 14.214,0
511 02-4	051	Entgelte für Postdienstleistungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 23.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	23.000,0	A B C	23.000,0 18.817,5 20.861,8

## Erläuterungen

**Zu 04 04/428 21**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversicherung.

2021 gegenüber 2020:

Weniger 338,1 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/428 41**

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 428 41.

**Zu 04 04/453 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Trennungsgeld	430,0
2. Umzugskostenvergütungen	320,0
Zusammen	<u>750,0</u>

2021 gegenüber 2020:

Weniger 50,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/459 21**

Veranschlagt sind:

1. Die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der Justiz zustehenden Vergütungen aufgrund der Bayerischen Vollstreckungsvergütungsverordnung (BayVollstrVV); die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 v.H., für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 v.H. der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.
2. a) Die den Gerichtsvollziehern gemäß der Verordnung über die Aufwandsentschädigung für Bürokosten der Gerichtsvollzieher (BKEntschV-GV) zu zahlenden Entschädigungen; diese Entschädigung wird als Aufwandsentschädigung gezahlt.  
b) Die den Gerichtsvollziehern nach § 11 Nrn. 2 und 3 der Gerichtsvollzieherordnung als Entschädigung für den Aufwand bei der Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen gemäß Nrn. 701 bis 713 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtsvollzieherkostengesetz.
3. Die den Vollziehungsbeamten der Justiz nach Nr. 5.1.3 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz zustehende Entschädigung für den Aufwand und zum Ersatz barer Auslagen (Nrn. 5.3 und 5.4.2).

2021 gegenüber 2020:

Mehr 352,6 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/511 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	6.516,7
2. Bücher und Zeitschriften	3.365,0
3. Kommunikation	2.045,5
4. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.828,0
5. Sonstiges	85,1
Zusammen	<u>14.840,3</u>

2021 gegenüber 2020:

Mehr 600,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/511 02**

Getrennte Veranschlagung der im Kap. 04 04 besonders hohen Ausgaben für Postdienstleistungen.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
1	2	3	4	C	Ist 2018
			Tsd. €		
			5		
514 01-2	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	436,8	A	436,8
				B	423,1
				C	346,5
514 11-0	051	Dienst- und Schutzkleidung	989,5	A	639,5
				B	274,5
				C	1.085,6
514 20-9	051	Beschaffung von Munition	70,0	A	70,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 70,0</i>		B	95,5
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>		C	17,5
517 01-9	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	28.453,8	A	28.053,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 42.000,0</i>		B	26.227,5
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in Höhe von 42.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>		C	24.744,7
		<i>2022 bis 2026 jährlich Tsd. € 8.400,0</i>			
517 05-5	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	9.926,2	A	9.926,2
				B	9.993,9
				C	8.912,3
518 01-8	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	13.194,6	A	10.694,6
		<i>Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch zusätzliche Räumlichkeiten für die Schaffung von</i>		B	9.382,1
		<i>Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften angemietet werden. Eine</i>		C	8.213,0
		<i>Weitervermietung der Räumlichkeiten an die jeweiligen Betreuungspersonen der Kinderbetreuungseinrichtung kann auch unter dem vollen Wert erfolgen, soweit dies für einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung erforderlich ist (Art. 63 Abs. 3, 5 BayHO). Die Miet- und Nebenkostenerstattung für die Kinderbetreuungseinrichtung dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>			
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 70.000,0</i>			
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in Höhe von 70.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>			
		<i>2022 bis 2035 jährlich Tsd. € 5.000,0</i>			
518 11-6	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	710,5	A	710,5
				B	496,1
				C	678,4
518 18-9	051	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	214,0	A	214,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 3.000,0</i>		B	294,7
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>		C	272,8
519 01-7	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	13.595,6	A	11.895,6
		<i>Aus dem Haushaltsansatz kann auch das fachgerechte Herrichten von Räumlichkeiten für die Schaffung von</i>		B	15.073,9
		<i>Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestritten werden.</i>		C	18.108,5
		<i>Baukostenerstattungen und -zuschüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>			
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 13.000,0</i>			
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in Höhe von 13.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>			
		<i>2022 bis 2023 jährlich Tsd. € 6.500,0</i>			



## Erläuterungen

<b>Zu 04 04/514 01</b>		<b>2021</b>
		Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	265,8
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	171,0
	Zusammen	<u>436,8</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor		436,8
Personalausgaben		105,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		50,0
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)		214,0
	Zusammen	<u>805,8</u>

<b>Bestand an Dienstfahrzeugen:</b>	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>am 1.2.2020</b>
	<b>2021</b>	<b>2020</b>	<b>gesamt</b>	<b>davon geleast/ gemietet</b>
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	140	130	122	122
Lastkraftwagen, Transporter	20	25	20	5
Sonstige (Krafräder und Sonderfahrzeuge)	-	-	-	-

<b>Zu 04 04/514 11</b>		<b>2021</b>
		Tsd. €
1.	Erstausstattungen und Dienstkleidungszuschüsse	621,4
2.	Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	15,0
3.	Roben für die Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes	3,1
	Zusammen	<u>639,5</u>

2021 gegenüber 2020:  
Mehr 350,0 Tsd. € entsprechend dem Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/13031.

**Zu 04 04/517 01**  
Veranschlagt sind:  
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.Ä.

		<b>2021</b>
		Tsd. €
Reinigung, Müllabfuhr u.a.		12.953,8
Ausgabemittel zur Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden (u.a. Beauftragung privater Wachunternehmen)		15.500,0
	Zusammen	<u>28.453,8</u>

2021 gegenüber 2020:  
Mehr 400,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabenentwicklung.

<b>Zu 04 04/517 05</b>		<b>2021</b>
		Tsd. €
1.	Heizung	6.476,2
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	3.450,0
	Zusammen	<u>9.926,2</u>

**Zu 04 04/518 01**  
2021 gegenüber 2020:  
Mehr 2.500,0 Tsd. € infolge Anmietung weiterer Räumlichkeiten.

<b>Zu 04 04/519 01</b>		
2021 gegenüber 2020:		
500,0	Tsd. €	mehr für die Bayerische Klimaschutzoffensive und Klimafolgenmanagement,
1.200,0	Tsd. €	mehr infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung,
<u>1.700,0</u>	Tsd. €	mehr.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
1	2	3	4	C	Tsd. €
					5
525 01-9	051	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 15.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in</i> <i>Höhe von 15.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> <i>2022 bis 2026 jährlich Tsd. € 3.000,0</i>	3.262,2	A B C	3.026,3 2.647,3 2.503,4
525 02-8	051	Aus- und Fortbildung von Betreuern <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	A B	96,6 75,0
526 21-4	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe <i>Zu 526 21 bis 526 33:</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei</i> <i>Kap. 04 04 Tit. 111 01.</i>	58.000,0	A B C	44.000,0 36.950,8 39.483,4
526 22-3	051	Entschädigungen der gerichtlich bestellten Verteidiger und der in Strafsachen beigeordneten Rechtsanwälte <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	40.000,0	A B C	40.000,0 38.653,7 38.847,7
526 23-2	051	Entschädigungen für Zeugen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	16.000,0	A B C	16.000,0 15.319,0 14.807,4
526 24-1	051	Vergütungen für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	195.367,0	A B C	195.367,0 197.164,2 191.521,2
526 25-0	051	Kosten der einstweiligen Unterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.020,0	A B C	1.020,0 518,6 184,2
526 26-9	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	5.600,0	A B C	5.600,0 5.281,1 5.291,5
526 27-8	051	Kosten der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	6.000,0	A B C	6.000,0 4.340,9 5.113,3
526 28-7	051	Vergütungen und Aufwandsentschädigungen an Vormünder und Betreuer mittelloser Mündel und Betreuer <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	140.500,0	A B C	140.500,0 136.832,2 131.024,0

## Erläuterungen

<b>Zu 04 04/525 01</b>		<b>2021</b>
		Tsd. €
1.	Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (einschließlich der Reisekosten der Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau)	819,7
2.	Fortbildung der Rechtspfleger	203,6
3.	Fortbildung der in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und in der Gerichtshilfe tätigen Personen	200,0
4.	Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes, der Beamten des Justizwachmeisterdienstes und der Justizangestellten	339,7
5.	Ausbildung der Referendare und Anwärter	445,1
6.	Projekt "E-Examen"	373,0
7.	Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung für sämtliche Bedienstete	650,1
8.	Qualifizierungsoffensive	220,0
9.	BayLern	11,0
Zusammen		3.262,2

2021 gegenüber 2020:  
Mehr 235,9 Tsd. € infolge Umschichtung aus Kap. 04 04 Tit. 533 02.

**Zu 04 04/526 21 bis 526 27**

Bei den Ausgaben handelt es sich um Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und von gerichtlichen Entscheidungen abhängig sind. Mitveranschlagt sind Dolmetscher- und Übersetzungskosten auch im Bereich der Bewährungshilfe sowie im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland.

Den Ansätzen liegen die Istbeträge 2019 bzw. die voraussichtliche Ausgabenentwicklung zu Grunde.

**Zu 04 04/526 21 (und 526 22)**

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG).

Titel 526 21:

Mitveranschlagt sind Mittel für die nach § 45 Abs. 2 RVG aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütungen.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 14.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/526 23 (und 526 24)**

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG). Mitveranschlagt sind bei Titel 526 24 Dolmetscher- und Übersetzerkosten.

**Zu 04 04/526 25**

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind § 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4 JGG, Nr. 9011 Kostenverzeichnis zum Gerichtskostengesetz.

**Zu 04 04/526 26**

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind insbesondere Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und Teil 3 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz. Im Ansatz sind neben den Kosten für die Online-Auskünfte aus den Registern der Einwohnermeldebehörden (AKDB-Online) auch Reisekosten, die u.a. nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (Nr. 9006 KV GKG) zu den Gerichtskosten zählen, enthalten. Mitveranschlagt sind Ausgaben für psychosoziale Prozessbegleitung nach dem Gesetz für psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (PsychPbG).

**Zu 04 04/526 27**

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) i. V. m. § 44 und Nr. 2501 ff. des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.

**Zu 04 04/526 28**

Vergütungen, Ersatz von Aufwendungen und Aufwandsentschädigungen, die Vormünder und Betreuer aus der Staatskasse erhalten (§§ 1835, 1835a, 1836a, 1908i BGB).

Veranschlagt sind insbesondere auch

- Aufwandspauschalen,
- Aufwendungen für Versicherungen.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A B C	Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
526 29-6	051	Besondere Ausgaben der Führungsaufsicht im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 01.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	500,0	A B C	500,0 100,7 82,2
526 30-3	051	Auslagen in Rechtssachen im Rahmen der Durchführung von Internationalen Veranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	A	---
526 31-2	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	8,0	A B C	8,0 0,8 0,5
526 32-1	051	Entschädigungen für Treuhänder, Insolvenzverwalter und Mitglieder von Gläubigerausschüssen bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	10.390,9	A B C	10.390,9 8.139,8 9.097,6
526 33-0	051	Sonstige Auslagen in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	5,0	A B C	5,0 0,0 0,1
527 01-7	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 02/271 01.</i>	2.300,7	A B C	2.300,7 2.900,1 2.676,8
529 03-3	051	Zur Verfügung der Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts und der Oberlandesgerichte für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	3,4	A B C	3,4 3,3 2,4
529 04-2	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	1,8	A B C	1,8 14,0 1,8
529 05-1	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Oberlandesgerichts Bamberg für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	---	A B	15,0 12,4
529 06-0	051	Zur Verfügung der Präsidentin des Bayerischen Anwaltsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,8	A	0,8
532 11-8	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	250,0	A B C	250,0 100,5 187,5
533 01-9	051	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	10,0	A C	10,0 0,5
533 02-8	051	Besondere Kosten der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	600,0	A B C	835,9 484,3 484,8
533 03-7	051	Kosten von kriminalpädagogischen Schülerprojekten	100,0	A B C	95,0 61,0 54,8
533 04-6	059	Lokalkammer des Einheitlichen Europäischen Patentgerichts	311,0	A	311,0
533 05-5	059	Schlichtungsstelle für verbraucherrechtliche Streitigkeiten	***	A	350,0
<u>533 07-3</u>	059	Europäische Staatsanwaltschaft	---	A	
545 01-5	051	Technische Sicherung von Wohnungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €</i> 150,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50,0	A B C	50,0 242,8 153,2

## Erläuterungen

**Zu 04 04/526 29**

Die Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung ist zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gerichte können bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern, die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen. Dabei haben die Länder gemeinsam die Realisierung einer Lösung in Angriff genommen. Bayern hat sich an diesem Projekt beteiligt, weil eine gemeinsame Lösung wirtschaftlicher und schneller realisierbar war als ein bayerischer Alleingang.

**Zu 04 04/526 31 bis 526 33**

Rechtsgrundlagen sind die Insolvenzordnung und (bezüglich der Vergütungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe) das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz.

**Zu 04 04/529 03**

Verfüungsmittel für den Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts, die Präsidenten der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg.

**Zu 04 04/529 04**

Verfüungsmittel für den Präsidenten des Bayer. Verfassungsgerichtshofs.

**Zu 04 04/529 05**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/529 06**

Verfüungsmittel für die Präsidentin des Bayer. Anwaltsgerichtshofs.

**Zu 04 04/533 02**

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt.

Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in §§ 68 ff. StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe kann ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Mitveranschlagt sind Mittel bis zu 100,0 Tsd. € zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

Weitere 140,0 Tsd. € sind für die Gruppen- und Projektarbeit sowie die ehrenamtliche Tätigkeit in der Bewährungshilfe vorgesehen.

Aus dem Ansatz können bis zu 100,0 Tsd. € für die Initiative zur Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Bewährungshilfe bestritten werden.

Veranschlagt sind darüber hinaus:

- Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte
- sonstige Ausgaben.

Aus dem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2021 gegenüber 2020:

Weniger 235,9 Tsd. € infolge Umschichtung nach Kap. 04 04 Tit. 525 01.

**Zu 04 04/533 03**

In einem bundesweit neuartigen Modellprojekt wurden in Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Dillingen, Ingolstadt, Memmingen, Neu-Ulm, Landshut, Regensburg und Passau in Anlehnung an US-amerikanische Teencourts Schülergremien eingerichtet, die mit jugendlichen Straftätern über deren Tat sprechen und anschließend eine erzieherische Maßnahme vorschlagen. Erfüllt der Beschuldigte die ihm auferlegte Maßnahme, wird dies von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung zu seinen Gunsten berücksichtigt. Die Übermittlung eines Falles von der Staatsanwaltschaft an das Schülergremium setzt voraus, dass es sich nicht um einen Fall schwerer Kriminalität handelt und der Täter geständig ist. Das Modell soll auf weitere Standorte ausgedehnt werden. Die Mittel werden für die Schulung der mitwirkenden Schüler und für die Vorbereitung, Begleitung und Überwachung des Projekts benötigt.

**Zu 04 04/533 05**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/533 07**

Veranschlagt sind die Kosten für den Aufbau und Betrieb der Europäischen Staatsanwaltschaft. Aus dem Ansatz dürfen insbesondere anfallende Sachausgaben (u.a. Geschäftsbedarf, Postdienstleistungen und Reisekosten) in Zusammenhang mit dem bayerischen Zentrum bestritten werden.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A B C	Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
546 49-8	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	225,3	A B C	225,3 381,0 415,8
547 01-3	051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die korrespondierenden Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 271 01.</i>	---	A B C	--- 11,1 29,6
<b>Ausgaben für den Schuldendienst</b>					
575 01-8	831	Zinsen für hinterlegte Gelder	50,0	A B C	50,0 64,1 62,0
<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>					
632 01-9	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 29. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 3.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.355,9	A B C	2.717,1 3.065,3 2.717,7

## Erläuterungen

**Zu 04 04/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 80,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs von Juristen- oder Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

**Zu 04 04/547 01**

Aufwendungen für Veranstaltungen, insbesondere nationale und internationale Konferenzen (z. B. Honorare und Reisekosten für Vortragende, sonstige Sachkosten).

**Zu 04 04/575 01**

Rechtsgrundlage ist das Bayerische Hinterlegungsgesetz (BayHintG) vom 23.11.2010 in der jeweils geltenden Fassung.

**Zu 04 04/632 01**

- a) Der Personal- und Sachaufwand für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen.
- b) Die Kosten der Deutschen Richterakademie -Tagungsstätte Trier - tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder (ohne Beitrittsländer) werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- c) Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Wustrau - tragen Bund und Länder ebenfalls je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- d) Für die Pflege und Weiterentwicklung des EDV-Mahnverfahrens durch die Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg sind die anteiligen Kosten zu erstatten. Des Weiteren bestehen für Pflege und Weiterentwicklung der Online-Antragsverfahren Online-Mahntrag und ProfiMahn Verpflichtungen gegenüber dem Land Bremen. Im Betrag sind auch die an das Land Berlin zu erstattenden Kostenanteile für die Entwicklung einer Automatisierungslösung und deren Betrieb im Rahmen des Europäischen Mahnverfahrens enthalten.
- e) Das Länderportal für Internetveröffentlichungen wird vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben. Veranschlagt ist der jährliche Anteil des Landes Bayern am InsO-Veröffentlichungs-Portal, am Registerportal und am Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach EGVP.
- f) Kosten für die Nutzung der vom Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Justiz-Auktionsplattform.
- g) Elektronische Akte
- h) Länderübergreifendes Vollstreckungsportal
- i) Elektronische Aufenthaltsüberwachung
- j) Justizportal
- k) Kriminologische Zentralstelle
- l) Informationsserver JUMIKO
- m) Kosten für den Betrieb des Zentralen Schutzschriftenregisters (ZSSR)
- n) Zentrale Kopfstelle beim Kraftfahrtbundesamt (AKDB)
- o) Anbindung an das bundesweite Akteneinsichtportal
- p) Europäische Staatsanwaltschaft

	<b>2021</b>
Veranschlagt sind:	Tsd. €
zu a)	200,0
zu b)	220,0
zu c)	200,0
zu d)	655,0
zu e)	419,0
zu f)	12,0
zu g)	470,0
zu h)	331,9
zu i)	50,0
zu j)	265,0
zu k)	100,0
zu l)	3,2
zu m)	290,0
zu n)	39,8
zu o)	84,0
zu p)	16,0
Zusammen	3.355,9

2021 gegenüber 2020:

Mehr 638,8 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A	Ist 2019
1	2	3	4	Ist 2018 Tsd. €	
				5	
671 02-0	051	Erstattung von Ausgaben der Bundesnotarkammer <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	10,0	A	26,0
681 01-9	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	5.860,0	A B C	5.300,0 5.179,2 4.987,3
684 01-6	051	Unterstützung von Initiativen nach § 46a Nr. 2 StGB	---	A	---
685 01-5	059	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/686 03. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 545,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	515,0	A B C	145,0 22,0 93,9
<u>685 02-4</u>	051	Zuschuss zum Kantinenbetrieb <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 195,0 Tsd. € zu Lasten der HGr. 5.</i>	---	A	



## Erläuterungen

**Zu 04 04/671 02**

Mit den Ausgabemitteln werden anteilig die Kosten der Übernahme von sog. weißen Karteikarten samt Verwahrmeldungen in das Zentrale Testamentsregister der Bundesnotarkammer finanziert.

2021 gegenüber 2020:

Weniger 16,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/681 01**

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) und
- b) §§ 467, 467 a ff. StPO.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 560,0 Tsd. € aufgrund der geplanten Änderung des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG).

**Zu 04 04/685 01**

Mit den veranschlagten Mitteln wird das Programm "Kein-Täter-werden-Bayern" finanziert.

Der Träger des Programms "Kein-Täter-werden-Bayern" erzielt durch den Betrieb der Ambulanz keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens des Trägers verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den jährlichen Zuwendungsbescheiden festgelegt.

2021 gegenüber 2020:

200,0	Tsd. €	mehr infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
170,0	Tsd. €	mehr entsprechend dem Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/13032,
370,0	Tsd. €	mehr.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
1	2	3	4	C	Ist 2018 Tsd. €
					5
686 03-2	059	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/685 01. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 15.000,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in Höhe von 15.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2022 bis 2023 jährlich Tsd. € 7.500,0</i>	7.500,0	A B C	6.638,3 4.116,9 4.167,9

**Erläuterungen****Zu 04 04/686 03**

Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht müssen faktisch ambulante Nachsorgeeinrichtungen für entlassene Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg aufgebaut und betrieben werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München, Nürnberg und Würzburg finanziell gefördert. Zusätzlich werden von drei Fachambulanzen besonders gefährliche Gewaltstraftäter therapeutisch mitversorgt. Die therapeutische Mitversorgung besonders gefährlicher Straftäter ist innerhalb von drei Jahren nach Beginn der ersten Förderung unter fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu evaluieren. Die ambulanten Nachsorgestellen sollen spätestens nach 10 Jahren evaluiert werden.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 861,7 Tsd. € wegen Ausbau der Fachambulanzen und Kostensteigerungen.

**Psychotherapeutische Fachambulanzen:**

Die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München, Nürnberg und Würzburg werden durch die jeweiligen kirchlichen Träger aus sozialen und christlichen Motiven betrieben. Die Fachambulanzen erzielen hierbei keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, spezialisierte ambulante Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende Sexualstraftäter/Gewaltstraftäter extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens der kirchlichen Träger verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den jährlichen Zuwendungsbescheiden festgelegt.

**Psychotherapeutische Fachambulanz des Evangelischen Hilfswerks München, Bayerstraße 15, 80335 München****Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2021 Tsd. €	Betrag für 2020 Tsd. €
<b>Ausgaben</b>		
1. Personalausgaben	1.966,6	1.709,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	912,2	792,7
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-
4. Ausgaben für Investitionen	-	-
Zusammen	2.878,8	2.501,9
<b>Einnahmen</b>		
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-
3. Zuwendungen des Landes	2.878,8	2.501,9
Zusammen	2.878,8	2.501,9

## Erläuterungen

**Psychotherapeutische Fachambulanz der Stadtmission Nürnberg e.V., Pirckheimerstraße 16a, 90408 Nürnberg****Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2021 Tsd. €	Betrag für 2020 Tsd. €
<b>Ausgaben</b>		
1. Personalausgaben	1.396,2	1.213,5
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	633,9	550,9
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-
4. Ausgaben für Investitionen	-	-
Zusammen	2.030,1	1.764,4
<b>Einnahmen</b>		
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-
3. Zuwendungen des Landes	2.030,1	1.764,4
Zusammen	2.030,1	1.764,4

**Psychotherapeutische Fachambulanz des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg e.V., Franziskanergasse 3, 97070 Würzburg****Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2021 Tsd. €	Betrag für 2020 Tsd. €
<b>Ausgaben</b>		
1. Personalausgaben	1.862,8	1.618,9
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	728,3	633,0
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-
4. Ausgaben für Investitionen	-	-
Zusammen	2.591,1	2.251,9
<b>Einnahmen</b>		
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-
3. Zuwendungen des Landes	2.591,1	2.251,9
Zusammen	2.591,1	2.251,9

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
				C	Ist 2018
					Tsd. €
1	2	3	4		5
		<b>Baumaßnahmen</b>			
701 01-5	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 16.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in</i> <i>Höhe von 16.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> <i>2022 bis 2023 jährlich Tsd. € 8.000,0</i>	13.404,0	A	11.604,0
				B	8.615,9
				C	8.137,3
710 00-5	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 27.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	73.200,0	A	37.000,0
				B	49.730,5
				C	30.343,8
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>			
811 01-2	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	50,0	A	50,0
				B	20,7
				C	30,0

## Erläuterungen

## Zu 04 04/701 01

2021	Tsd. €
1. Justizpalast München, Prielmayerstraße 7, Sanierung der Fenster	1.000,0
2. Amtsgericht Viechtach, Mönchshofstraße 29, Umbau Eingangsbereich	890,0
3. Landgericht Memmingen, Hallhof 1 - 4, Sanierung Tiefgarage	700,0
4. Landgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, Sanierung der Toiletten	415,0
5. Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen, Rathausplatz 11, Ausbau des Erdgeschosses samt Sitzungssälen (1. Teil)	1.215,0
6. Amtsgericht Neuburg, Ottheinrichplatz A 1, Errichtung einer Sicherheitsschleuse	520,0
7. Amtsgericht Ebersberg, Bahnhofstraße 19, Erneuerung der Heizungsanlage	250,0
8. Amtsgericht Rosenheim, Hofberg 5, Umsetzung des Brandschutzkonzepts	500,0
9. Landgericht Passau, Schustergasse 4, 6 und 8, Umsetzung des Sicherheitskonzepts	300,0
10. Amtsgericht Erding, Münchner Straße 27, Brandschutz und Lüftungsanlagen	412,0
11. Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23, Sanierung der Sitzungssäle	1.000,0
12. Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23, Beseitigung von Brandschutzmängeln	120,2
13. Amtsgericht Fürth, Bäumenstraße 32, Brandschutzmaßnahmen, Anbindung Bestandsgebäude an Neubau	420,0
14. Amtsgericht Regensburg, Kumpfmühler Straße 4, WC-Sanierung	300,0
15. Amtsgericht Neustadt a.d. Aisch, Bamberger Straße 28, Erneuerung des Lastenaufzuges Neubau	171,0
16. Amtsgericht Ansbach, Promenade 4 und 8, Kanalsanierung mit vorgezogenem LAK	320,0
17. Landgericht Weiden i. d. Opf., Ledererstr. 9, Kanalsanierung	440,0
18. Amtsgericht Schwabach, Weißenburger Str. 8, Kanalsanierung	350,0
19. Landgericht Bayreuth, Wilhelminenstraße 7, Fassaden- und Dachsanierung des Justizgebäudes II	800,0
20. Amtsgericht Aschaffenburg, Zweigstelle Alzenau, Burgstraße 14, Dachsanierung	450,0
21. Amtsgericht Bamberg, Synagogenplatz 1, Haustechnische Instandsetzung	300,0
22. Landgericht Aschaffenburg, Schlossplatz 7, Fenstersanierung	530,8
<b>Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei"</b>	
23. Amtsgericht Erding, Münchener Straße 27, Erstellung eines barrierefreien Eingangsbereiches	500,0
24. Landgericht Ingolstadt, Esplanade 18, Maßnahmen im Eingangsbereich	500,0
25. Justizgebäude Nürnberg, Flaschenhofstraße 35, Schaffung eines barrierefreien Zugangs	120,0
26. Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23, WC-Sanierung und barrierefreie Erschließung	160,0
27. Amtsgericht Tirschenreuth, Mähringer Straße 10-12, barrierefreie Erschließung	170,0
28. Landgericht Regensburg, Augustenstraße 6a, barrierefreie Erschließung	150,0
29. Amtsgericht Gemünden a. Main, Friedenstraße 7, Erneuerung des Personenaufzuges	200,0
30. Amtsgericht Kitzingen, Friedenstraße 3a, Erneuerung der Aufzugsanlage	200,0
Zusammen	13.404,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 1.800,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

## Zu 04 04/811 01

2021	Tsd. €
<b>Ersatzbeschaffung</b>	
Transporter (Oberlandesgericht München Kurswagen)	50,0

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
1	2	3	4	C	Ist 2018 Tsd. €
					5
812 01-1	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.000,0	A B C	4.395,8 3.076,9 2.600,1
812 05-7	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Günzburg	***	A	---
812 06-6	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Memmingen	***	A C	--- 25,5
812 08-4	051	Neuausstattung des Sitzungssaalgebäudes auf dem Gelände der JVA München-Stadelheim	***	A	---
812 09-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Rosenheim	***	A	---
812 14-6	051	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	250,0	A B C	200,0 977,6 261,1
812 15-5	051	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 4.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.800,0	A B C	1.901,3 3.451,2 207,6
812 21-7	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Haßfurt	---	A C	--- 40,2
812 25-3	051	Teilneuausstattung Justizbehörden München <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	782,0	A B C	700,0 1.197,1 307,7
812 29-9	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Hof	***	A	---
812 30-6	051	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 2.700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.750,0	A B C	2.110,0 2.110,0 783,8

## Erläuterungen

**Zu 04 04/812 01**

Veranschlagt sind Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie für Ausstattungsmaßnahmen geringeren Umfanges.

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Geräte für Textautomation/Mikrocomputer	20,5
2. Telekommunikationsgeräte (ohne Telefax)	116,0
3. Kopierautomaten	962,3
4. EDV-gerechtes Mobiliar	546,0
5. Video-Anlagen	68,2
6. Zeiterfassungsgeräte	55,8
7. Diktier- und Wiedergabegeräte	546,0
8. Maschinen und Geräte für den Bürobetrieb	699,0
9. Maschinen und Geräte für die Hausbewirtschaftung	438,4
10. Registratureinrichtungen	955,5
11. Kleinere Teilneuausstattungen	1.592,3
Zusammen	<u>6.000,0</u>

2021 gegenüber 2020:

Mehr 1.604,2 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/812 05**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 06**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 08**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 09**

Die Ausstattung des ersten Teilbauabschnittes ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 14**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	9.610,2
Bis einschließlich 2020 bewilligt	8.730,2
Haushaltsbetrag 2021	250,0
vorbehalten bleiben	630,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 50,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/812 15**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 2.898,7 Tsd. € aufgrund Beginn des bayernweiten Rollouts der IP-basierten Telefonie.

**Zu 04 04/812 25**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	15.228,5
Bis einschließlich 2020 bewilligt	13.338,5
Haushaltsbetrag 2021	782,0
vorbehalten bleiben	1.108,0

Die Mittel sind vor allem für Dienstzimmer- und Sitzungssaalausstattungen in den Münchner Justizgebäuden vorgesehen.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 82,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/812 30**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 640,0 Tsd. € infolge der Ausweitung der Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Videokonferenzenanlagen.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
				C	Ist 2018
1	2	3	4	Tsd. €	
				5	
812 31-5	051	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.450,0	A	1.350,9
				B	221,7
				C	227,6
812 33-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Bayerische Justizakademie Pegnitz	20,0	A	15,0
				B	13,8
				C	12,7
812 34-2	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Justizbehörden Augsburg	***	A	---
				C	147,6
812 37-9	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Kaufbeuren <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	340,0	A	279,0
812 40-4	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Landshut <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	A	140,0
				B	232,5
<b>Investitionsförderungsmaßnahmen</b>					
893 01-3	056	Zuschuss für die Staatsrat Hermann Schmitt Heime Stiftung	---	A	---
				B	181,3



---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 04/812 31**

Auf die wachsende Bedrohung durch Terroristen, die Zunahme der organisierten Kriminalität und die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft muss auch bei den Gerichtsgebäuden durch eine Verbesserung der Sicherheit reagiert werden. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können zusätzliche technische Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Zugangs- und Fassadenüberwachungen, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Notrufeinrichtungen) beschafft werden.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 99,1 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/812 34**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 37**

Im Zusammenhang mit der bei 04 04/725 04 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind in den Haushaltsjahren 2021 ff. Teil- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 61,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/812 40**

Im Zusammenhang mit laufenden Sanierungsmaßnahmen sind in den Haushaltjahren 2021 ff. Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 60,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>Titelgruppen</b>					
<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>					
<i>Titel der TG mit Ausnahme von 981 99 gegenseitig deckungsfähig.</i>					
<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei den Kapiteln 06 04 und 06 21 die Titelgruppe 60 verstärkt werden.</i>					
511 99-8	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 3.028,7</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in Höhe von 3.028,7 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2022 Tsd. € 1.634,0 2023 Tsd. € 894,0 2024 Tsd. € 394,0 2025 Tsd. € 80,0 2026 Tsd. € 26,7	19.960,6	A B C	11.660,6 8.340,6 6.140,2
514 99-5	051	Verbrauchsmittel	47,0	A B C	47,0 14,2 16,7
518 99-1	051	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 2.275,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.005,0	A B C	2.005,0 2.564,6 1.966,3
519 99-0	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	200,0	A B C	200,0 471,1 258,7
525 99-2	051	Aus- und Fortbildung	124,6	A	124,6
526 99-1	051	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 9.322,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in Höhe von 9.322,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2022 Tsd. € 2.433,0 2023 Tsd. € 2.243,0 2024 Tsd. € 2.243,0 2025 Tsd. € 2.243,0 2026 Tsd. € 160,0	27.796,8	A B C	21.796,8 22.279,1 25.442,5
533 99-2	051	Nebenkosten der Datenverarbeitung	244,0	A B C	244,0 12,4 2,0

## Erläuterungen

**Zu 04 04/99**

In folgenden Bereichen der bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Aufgaben mit Hilfe der IT erledigt oder durch IT unterstützt:

- Beitreibung von Geldstrafen und -bußen (EDV-Geldstrafenvollstreckung),
- Verfahren der Insolvenzgerichte (forumSTAR-Insolvenz),
- Verfahren der Strafgerichte (forumSTAR-Straf),
- Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften (web.sta, Textverarbeitung TV-StA),
- Vollstreckung der Erziehungshafenanträge der Zentralen Bußgeldstelle,
- Zentrale Vollzugsdatei,
- Grundbuchführung (SolumSTAR, SolumWEB, SolumCOST),
- Entwicklung eines bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuches (dabag),
- Integriertes Haushaltsverfahren (IHV),
- Personal- und Stellenverwaltung in der staatlichen Verwaltung (VIVA),
- Kassenbuchführung und Kosteneinzahlung bei der Landesjustizkasse Bamberg (IHV, KABU und EDV-Kosteneinzahlung),
- Kostenberechnung (SKostS, forumSTAR),
- Justizverwaltung (VEWA, DIAPERS, Bildungsmanager, eGovSuite Bayern, Archivierungsprojekt ELAP),
- Einholung von Auskünften aus den juristischen Informationssystemen Datenbank BAYERN-RECHT (beck), beck-online, JURIS und Jurion,
- Einholung von Auskünften bei zentralen Registern durch die Gerichtsvollzieher,
- Vollstreckungsportal der Länder,
- Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Vollstreckungsgerichten sowie in FamFG-Angelegenheiten (forumSTAR),
- Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters (RegisSTAR),  
elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten,
- Automatisiertes Mahnverfahren (AUGEMA),
- Rechtsreferendarverwaltung (RAS),
- Bewährungshilfe (SoPart),
- elektronisches Integrationsportal (eIP),
- elektronische Kommunikationsplattform (eKP),
- Entwicklung eines bundeseinheitlichen gemeinsamen Fachverfahren (GeFa),
- BayernWLAN,
- Telefonie und Unified Communication,
- Videokonferenz und -vernehmung.

Die strategische Lenkung und Koordinierung der IT-Angelegenheiten des StMJ sowie der Gerichte und Staatsanwaltschaften wird von den Referaten B 4 und B 5 wahrgenommen. Die operativen Arbeiten in IT-Angelegenheiten erledigen Bedienstete der Justizverwaltung, soweit nicht andere staatliche Stellen oder externe Firmen in Anspruch genommen werden. Zuständig ist das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz beim Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg. Für das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz waren Ende 2019 insgesamt 334,4 Stellen vorgesehen; eingesetzt wurden 300,18 AKA. Ferner sind im jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Landesjustizkasse Bamberg sowie das Zentrale Mahngericht bei dem Amtsgericht Coburg mit Aufgaben der elektronischen Datenverarbeitung betraut.

Die an das Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord (RZ Nord) und das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (IT-Dienstleistungs-zentrum Bayern) nach dem Verursacherprinzip zu zahlenden Verwaltungskosten sind in der Aufstellung bei TG 99 enthalten und wurden mit dem zuständigen Rechenzentrum abgestimmt.

**Zu 04 04/511 99**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	12.146,5
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	4.900,0
3. Mieten und Wartung	2.614,1
4. Bücher und Zeitschriften	-
5. Sonstiges	-
Zusammen	19.660,6

2021 gegenüber 2020:

8.000,0 Tsd. € mehr infolge der Ausweitung der Leitungskapazitäten sowie infolge des neuen Dienstleistungsvertrags,  
300,0 Tsd. € mehr entsprechend dem Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/13030,  
8.300,0 Tsd. € mehr.

**Zu 04 04/526 99**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 6.000,0 Tsd. € infolge von höheren Kosten für externe Leistungen sowie aufgrund Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A	Ist 2019
1	2	3	4	Ist 2018 Tsd. €	
			5		
534 99-1	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä. <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 24.614,2</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2021 in Höhe von 24.614,2 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2022 Tsd. € 6.621,8 2023 Tsd. € 5.921,8 2024 Tsd. € 6.001,8 2025 Tsd. € 3.561,8 2026 bis 2027 Tsd. € 2.507,0	17.154,6	A B C	11.154,6 7.939,9 8.681,1
632 99-2	051	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekten (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 232 02.</i>	---	A B C	--- 398,1 559,4
812 99-4	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	18.331,4	A B C	18.331,4 23.321,5 24.076,8
<b>Summe der Titelgruppe</b>			85.864,0	A B C	65.564,0 65.341,3 67.143,7
<b>Gesamtausgaben</b>			1.656.827,1	A B C	1.555.762,0 1.494.226,9 1.437.405,2

**Erläuterungen****Zu 04 04/534 99**

	<b>2021</b> Tsd. €
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	2.979,1
2. Softwareentwicklung durch Dritte	14.175,5
3. Sonstiges	-
Zusammen	17.154,6

2021 gegenüber 2020:

Mehr 6.000,0 Tsd. € für Weiterentwicklung von Software, insbesondere elektronisches Integrationsportal sowie zur Entwicklung von GeFa.

**Zu 04 04/632 99**

Die Landesjustizverwaltungen haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung darauf verständigt, Fachverfahren gemeinsam zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Dies betrifft derzeit die Fachverfahren forumSTAR, SolumSTAR, web.sta, RegisSTAR, eIP, bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch und gemeinsames Fachverfahren.

**Zu 04 04/812 99**

	<b>2021</b> Tsd. €
1. Zentraleinheiten	7.179,0
2. Peripheriegeräte	7.866,0
3. Datenträger	70,0
4. Erwerb von Software	3.116,4
5. Geräte und Einrichtungsgegenstände für Zwecke des Datenschutzes und der Datensicherheit	100,0
Zusammen	18.331,4

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A	Ist 2019
1	2	3	4	Ist 2018 Tsd. €	
				5	
		<b>Abschluss</b>			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	1.120.772,0	A	1.025.450,0
				B	1.128.118,3
				C	1.965.052,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.530,0	A	3.530,0
				B	14.954,5
				C	3.852,0
		<b>Gesamteinnahmen</b>	1.124.302,0	A	1.028.980,0
				B	1.143.072,8
				C	1.968.904,7
		Personalausgaben	864.388,8	A	848.731,6
				B	799.611,2
				C	775.100,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	653.570,0	A	614.076,6
				B	588.619,3
				C	582.515,0
		Ausgaben für den Schuldendienst	50,0	A	50,0
				B	64,1
				C	62,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	17.240,9	A	14.826,4
				B	12.781,6
				C	12.526,1
		Baumaßnahmen	86.604,0	A	48.604,0
				B	58.346,5
				C	38.481,1
		Sonstige Sachinvestitionen	34.973,4	A	29.473,4
				B	34.622,9
				C	28.720,7
		Investitionsförderungsmaßnahmen	-	A	-
				B	181,3
				C	-
		<b>Gesamtausgaben</b>	1.656.827,1	A	1.555.762,0
				B	1.494.226,9
				C	1.437.405,2
		<b>Zuschuss</b>	532.525,1	A	526.782,0
				B	351.154,1
				C	-
		<b>Überschuss</b>	-	A	-
				B	-
				C	531.499,5

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>Einnahmen</b>					
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>					
111 01-6	056	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	7,5	A B C	7,5 7,5 9,1
111 02-5	056	Haftkostenbeiträge	280,0	A B C	280,0 256,5 289,4
112 01-5	056	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	0,5	A B C	0,5 0,9 0,3
119 11-6	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	23,0	A B C	19,0 25,4 30,3
119 49-2	056	Vermischte Einnahmen	700,0	A B C	600,0 1.409,9 517,8
124 01-1	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1.850,0	A B C	1.750,0 2.016,8 1.927,4
125 01-0	056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten <i>Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 05 TG 72 zu 100 %. Für die in der Bekanntmachung über den Bezug von Leistungen der Arbeitsbetriebe und den Arbeitseinsatz von Gefangenen und Sicherungsverwahrten in der jeweils geltenden Fassung genannten Bezugsberechtigten dürfen Leistungen nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	40.000,0	A B C	36.000,0 42.005,7 39.938,8
125 02-9	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Vgl. Vermerk zu 514 21.</i>	570,0	A B C	560,0 625,6 572,3
129 05-2	056	Energieeinspeisevergütungen	360,0	A B C	250,0 382,6 653,0
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>					
231 01-1	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	300,0	A B C	300,0 9,2 291,9
232 01-0	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	20,0	A C	90,0 20,5
235 01-7	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Ausbildungsmaßnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 72.</i>	---	A B C	--- 161,8 158,1
236 01-6	056	Erstattung von Verletztengeld sowie der nach § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile an die Bundesagentur für Arbeit durch die Bayerische Landesunfallkasse	68,0	A B C	68,0 58,7 65,7

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 04 05**

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen. Rechtsgrundlagen: Bayerisches Strafvollzugsgesetz vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866), Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 678), in den jeweils geltenden Fassungen.

**Zu 04 05/111 01 bis 125 02**

Den veranschlagten Beträgen liegt die Einnahmeentwicklung der Vorjahre zugrunde.

**Zu 04 05/111 01**

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

**Zu 04 05/111 02**

Veranschlagt sind die an den Freistaat Bayern aufgrund von Art. 49 BayStVollzG von Gefangenen zu zahlenden Haftkostenbeiträge.

**Zu 04 05/119 49**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 05/124 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1.590,0
Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	100,0
Einnahmen für die Nutzung verwaltungseigener Geräte	40,0
Sonstige Einnahmen	120,0
Zusammen	1.850,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 05/125 01**

Vgl. 04 05/TG 72 (Ausgaben).

2021 gegenüber 2020:

Mehr 4.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 05/125 02**

Vgl. 04 05/514 21.

**Zu 04 05/129 05**

Veranschlagt sind die von den Justizvollzugsanstalten generierten Energieeinspeisevergütungen.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 110,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 05/231 01**

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen nach der Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen (JMBek vom 26. Januar 1978, JMBl S. 20, in der jeweils geltenden Fassung).

**Zu 04 05/232 01**

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

2021 gegenüber 2020:

Weniger 70,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 05/235 01**

Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Hinblick auf Ausbildungsmaßnahmen.

**Zu 04 05/236 01**

Die Bayerische Landesunfallkasse erstattet neben dem Verletztengeld die in ihrem Auftrag von der Justizvollzugsanstalt München gemäß § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018
1	2	3	Tsd. €		Tsd. €
			4		5
261 01-4	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	30,0	A B C	40,0 29,2 26,0
271 01-2	056	Zuweisungen der EU und des Bundes im Rahmen von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 71.</i>	---	A	---
<b>Gesamteinnahmen</b>			44.209,0	A B C	39.965,0 46.989,8 44.500,6
<b>Ausgaben</b>					
<b>Personalausgaben</b>					
422 01-0	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	233.832,6	A B C	224.252,8 221.598,2 213.388,1
422 21-6	056	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger <i>Die Erläuterung ist verbindlich.</i>	6.520,1	A B C	5.432,0 6.206,5 5.234,6
422 31-4	056	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	---	A	---
422 41-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	A B C	--- 2,0 9,9
427 01-5	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	215,0	A B C	215,0 161,0 170,1
427 41-7	056	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/427 41.</i>	---	A	---
428 01-4	056	Entgelte der Arbeitnehmer	48.208,2	A B C	43.770,9 45.488,2 41.935,9
428 11-2	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	2.405,0	A B C	2.405,0 2.511,1 2.062,8
428 21-0	056	Entgelte der Arbeitnehmer	1.972,5	A B C	2.034,8 1.874,1 1.823,7
428 41-6	056	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	A B C	--- 198,8 223,7
453 01-2	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	360,0	A B C	360,0 426,5 376,2
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>					
511 01-2	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.650,0	A B C	1.350,0 1.799,8 1.652,0



## Erläuterungen

**Zu 04 05/261 01**

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 50 Sozialgesetzbuch I zu entrichtenden Beträge.

**Zu 04 05/271 01**

Zuweisungen der Europäischen Union und des Bundes zur Durchführung von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt.

**Zu 04 05/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.	<b>2021</b>
	Tsd. €
Davon	
Erschwerniszulagen	1.800,0

**Zu 04 05/422 21**

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge. Von den veranschlagten Ausgaben sind bis zu 500,0 Tsd. € jährlich für die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen gemäß Art. 78 BayBesG vorgesehen.

**Zu 04 05/422 41 (und 428 41)**

Vgl. 04 02/422 41 (und 428 41).

**Zu 04 05/427 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
Vergütungen für	
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	100,0
- Sonstige (z.B. für nebenamtl. Unterricht, Aushilfen)	115,0
Zusammen	215,0

**Zu 04 05/428 01 (und 428 12, 428 21)**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 05/428 11**

Veranschlagt sind Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung für vorübergehend beschäftigte Arbeitnehmer.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 195,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 05/453 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Trennungsgeld	300,0
2. Umzugskostenvergütungen	60,0
Zusammen	360,0

**Zu 04 05/511 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	620,0
2. Bücher und Zeitschriften	130,0
3. Kommunikation	230,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	230,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	390,0
6. Sonstiges	50,0
Zusammen	1.650,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 300,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019	
				A B C	Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
511 22-7	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	800,0	A B C	700,0 1.005,5 910,5
511 24-5	056	Aus- und Fortbildung der passiv verweisenden Rauschgiftspürhunde sowie Aufwandsentschädigung für Hundehalter	67,1	A B C	67,1 32,7 28,0
514 01-9	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	400,0	A B C	400,0 492,8 510,7
514 11-7	056	Dienst- und Schutzkleidung	2.000,0	A B C	1.900,0 1.537,6 4.122,3
514 20-6	056	Beschaffung von Waffen und Munition	125,0	A B C	125,0 385,8 161,4
514 21-5	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 76,92 v.H. der Mehreinnahme bei 125 02.</i>	540,0	A B C	440,0 471,0 452,3
516 01-7	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 823 10.</i>	1.410,2	A B C	1.432,3 1.489,2 1.580,2

## Erläuterungen

**Zu 04 05/511 22**

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Videoüberwachungsanlagen, Funksprechgeräten, Schutzmasken und Drogentestutensilien.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf insbesondere für die Wartung der hochtechnisierten Überwachungsanlagen.

**Zu 04 05/514 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	250,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	150,0
Zusammen	<u>400,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung

Kosten wie vor	400,0
Personalausgaben	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	300,0
Ausgaben für Leasing/Miete	50,0
Zusammen	<u>750,0</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>am 1.4.2020</b>	
	<b>2021</b>	<b>2020</b>	<b>gesamt</b>	<b>davon geleast/ gemietet</b>
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	107	107	99	24
Lastkraftwagen, Transporter	64	58	57	-

**Zu 04 05/514 11**

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Erstausrüstung der Dienstanfänger mit Dienstkleidung, die Beschaffung von Schutzkleidung sowie zur Leistung des Dienstkleidungszuschusses benötigt.

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Erstausrüstung Anwärter	400,0
2. Dienstkleidungszuschuss	1.050,0
3. Schutzkleidung	550,0
Zusammen	<u>2.000,0</u>

2021 gegenüber 2020:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 05/514 20**

Beschaffung und Wartung von Waffen, Munition, Holstern, Reizstoffsprühergeräten und sogenannten Jet Protectoren.

**Zu 04 05/514 21**

Vgl. 04 05/125 02.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 05/516 01**

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Zahlung des Zinsanteils (gemäß Zins- und Tilgungsplan) und der Betriebskosten des ÖPP-Projekts Neubau der Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München benötigt. Die Raten für die investiven Kosten sind bei 04 05/823 10 veranschlagt.

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Zinsanteil	610,2
2. Betriebskosten	800,0
Zusammen	<u>1.410,2</u>

2021 gegenüber 2020:

Weniger 22,1 Tsd. € wegen des Rückgangs des jährlichen Zinsanteils.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019	
				A B C	Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
517 01-6	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	8.550,0	A B C	8.000,0 9.439,5 8.501,2
517 05-2	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	15.000,0	A B C	15.000,0 14.746,1 14.033,4
517 31-0	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	A	---
517 35-6	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	A	---
518 01-5	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 2.700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	A B C	1.533,0 2.689,6 1.489,1
518 11-3	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	103,8	A B C	103,8 174,5 130,5
518 18-6	056	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	50,0	A B C	50,0 68,6 54,8
518 31-9	056	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	A	---
519 01-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 13.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	14.800,0	A B C	13.000,0 17.910,2 16.515,0

## Erläuterungen

**Zu 04 05/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 550,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung und den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 04 05/517 05**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Heizung	9.000,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	6.000,0
Zusammen	<u>15.000,0</u>

**Zu 04 05/518 01**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 1.467,0 Tsd. € wegen Anpassung die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 05/519 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	14.700,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	100,0
Zusammen	<u>14.800,0</u>

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die unabweisbaren Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am umfangreichen, durch Neubauten erweiterten, teilweise aber auch sehr alten Gebäudebestand sowie für dringende Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen benötigt. Die zahlreichen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Justizvollzugsanstalten (ehemalige Klosterbauten in Ebrach, Kaisheim, Niederschönenfeld, Ordensschloss St. Georgen-Bayreuth etc.) sowie die Einrichtungen für Abschiebungshaft in Eichstätt und Erding erfordern einen zusätzlichen Mitteleinsatz.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 1.800,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €	
				A B C	5
1	2	3	4	5	
525 01-6	056	Aus- und Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer	1.000,0	A B C	1.000,0 798,0 649,6
525 02-5	056	Ausbildung an Waffen und in waffenloser Kampfführung <i>Vgl. Vermerk zu 525 01.</i>	70,0	A B C	70,0 62,0 53,7
527 01-4	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	270,0	A B C	270,0 293,7 326,9
533 01-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	60,0	A B C	60,0 75,7 66,8
<u>534 01-5</u>	056	Ausgaben für Haftvermeidungsprogramme	800,0	A	
546 49-5	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	300,0	A B C	300,0 520,2 455,1

## Erläuterungen

Zu 04 05/525 01	2021 Tsd. €
1. Lehrgänge über Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten	105,0
2. Lehrgänge für die Anwendung unmittelbaren Zwanges	12,0
3. Lehrgänge über Reizstoff- und Schusswaffengebrauch	12,0
4. Lehrgänge für Führungskräfte	15,0
5. Einführungslehrgänge für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	14,0
6. Fachtagungen für Anstaltsleiter, Juristen, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter und Referatsleiter	80,0
7. Aus- und Bildungsmaßnahmen in Bereich der Extremismusbekämpfung	230,0
8. Grund- und Aufbaulehrgänge für den allgemeinen Vollzugsdienst	34,0
9. Seminare über Probleme mit Drogenabhängigen im Strafvollzug	8,0
10. Seminare über Aidsprobleme	6,0
11. Lehrgänge für Mitarbeiter im Wohngruppenvollzug	10,0
12. Seminare für weibliche Vollzugsbedienstete	10,0
13. Fortbildungslehrgänge für Wirtschaftsverwaltungsbeamte	10,0
14. Technische und betriebswirtschaftliche Lehrgänge	25,0
15. Speziallehrgänge für Leiter der Arbeitsverwaltungen und Beamte des Werkdienstes	14,0
16. Seminare für Funktionsbeamte	11,0
17. Seminare für Beamte in der Sozialtherapie und im Jugendstrafvollzug (einschließlich Zusatzausbildung gem. § 91 Abs. 4 JGG)	50,0
18. Seminare über Fragen der Zusammenarbeit und der problemorientierten Gesprächsführung	9,0
19. Lehrgänge für Ausbildungsleiter und Dienstleiter	9,0
20. Lehrgänge für Mitarbeiter in Bausachen	4,0
21. Seminare über Berufsbildungsmaßnahmen für Gefangene	20,0
22. Lehrgänge für Sicherheitsmeister, Röntgen- und Laborhelfer, Desinfektoren, Kesselwärter, Schweißer, Holzarbeiter	30,0
23. Lehrgänge für Sanitäts- und Küchenbeamte	11,0
24. Lehrgänge über Behandlungsvollzug	10,0
25. Seminare zu interkultureller Kompetenz und Fremdsprachen	67,0
26. Ausbildung für "Reasoning & Rehabilitation" Trainer	19,0
27. Seminare über Umweltschutz	10,0
28. Rüstzeiten (ev.) und rel. Besinnungstage (kath.)	4,0
29. Lehr- und Lernmittel	31,0
30. Sonstiges (z.B. Umlage Verwaltungsschule, Ausweichen auf externe Fortbildungseinrichtungen)	50,0
31. Anstaltsinterne Einzelmaßnahmen- und Anordnungen	80,0
Zusammen	1.000,0

**Zu 04 05/533 01**

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Würzburg und Straubing, in die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München und in das Haus für Sicherungsverwahrte Straubing.

**Zu 04 05/534 01**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Haftvermeidungsprogramme "Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe und gemeinnützige Arbeit statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe" sowie "Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe". Die Ausgabemittel wurden aus systematischen Gründen von 04 05/546 71 zu 04 05/534 01 verschoben.

**Zu 04 05/546 49**

Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben. Davon können bis zu 2,5 Tsd. € für Billigkeitsleistungen verwendet werden. Aus 04 05/546 49 dürfen auch Personalgewinnungsmaßnahmen gezahlt werden.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>			
681 01-6	056	Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	---	A	---
681 02-5	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>Beteiligungen der Gefangenen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 02 zu vereinnahmen. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.300,0	A B C	1.200,0 1.138,3 1.033,5
686 02-0	056	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs	167,8	A B C	458,7 311,2 92,4



## Erläuterungen

**Zu 04 05/681 01**

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinne des SGB VII sind.

**Zu 04 05/681 02**

Die Mittel dienen insbesondere zur Unterstützung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten, speziell bei ihrer Entlassung. Aus 04 05/681 02 können im Rahmen des Übergangsmagements Mittel über Einrichtungen der Straftentlassenenhilfe oder als Zuschüsse an karitative Einrichtungen ausgereicht werden.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf im Bereich des Übergangsmagements. Künftig können im Rahmen des Übergangsmagements auch Mittel für Insolvenzberatungen ausgereicht werden.

**Zu 04 05/686 02**

Veranschlagt sind Mittel für die Fortführung der unabhängigen externen Evaluation der Behandlung von Sexualstraftätern in Sozialtherapeutischen Einrichtungen des bayerischen Justizvollzugs (Beginn 2017, Laufzeit voraussichtlich vier Jahre) und die Implementierung einer Evaluation der Behandlung von Opioidabhängigen während der Inhaftierung im bayerischen Justizvollzug (Beginn 2019, Laufzeit voraussichtlich drei Jahre).

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Evaluation der Behandlung von Sexualstraftätern in Sozialtherapeutischen Einrichtungen des bayerischen Justizvollzugs	110,8
2. Evaluation der Behandlung von Opioidabhängigen während der Inhaftierung im bayerischen Justizvollzug	57,0
Zusammen	<u>167,8</u>

2021 gegenüber 2020:

Weniger 290,9 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
1	2	3	4	C	Ist 2018 Tsd. €
5					
<b>Baumaßnahmen</b>					
701 01-2	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 701 72. Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 10.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.685,6	A	9.985,6
				B	5.642,2
				C	5.191,8

**Erläuterungen**

<b>Zu 04 05/701 01</b>	<b>2021</b> Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Aichach; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	250,0
2. Justizvollzugsanstalt Amberg; Verlegung der Gemeinschaftsduschen (E/F-Bau).	750,0
3. Justizvollzugsanstalt Ansbach; Erneuerung der Anstaltsküche; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Trennung von Trink- und Löschwasserleitungsnetz.	100,0
4. Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg; Errichtung eines zweiten und Ertüchtigung des vorhandenen besonders gesicherten Haftraums.	260,0
5. Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg; Ertüchtigung der Mauerkronensicherung.	400,0
6. Justizvollzugsanstalt Bad Reichenhall; Umbau- und Brandschutzmaßnahmen. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung und Minderung des CO <sup>2</sup> -Ausstoßes.	100,0
7. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen (Haus E).	500,0
8. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen (Haus F).	500,0
9. Justizvollzugsanstalt Bernau; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes (Zellengebäude 1-3, 5-6).	150,0
10. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erweiterung des Versorgungszentrums.	485,0
11. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Unterkunftsgebäude II und III).	300,0
12. Justizvollzugsanstalt Hof; Erneuerung der Brandmeldeanlage.	50,0
13. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	245,0
14. Justizvollzugsanstalt Kempten; Einbau einer BOS-Objektfunkanlage.	400,0
15. Justizvollzugsanstalt Kempten; Erneuerung der Brandmeldeanlage.	300,0
16. Justizvollzugsanstalt Kronach; Erneuerung des Eingangsbereichs und Maßnahmen zur barrierefreien Erschließung.	60,0
17. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes (Außenstelle Rothenfeld).	500,0
18. Justizvollzugsanstalt Landshut; Umbau des Freigängerhauses (Sanitärbereiche).	500,0
19. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Errichtung einer Interimsküche.	600,0
20. Justizvollzugsanstalt Memmingen; Brandschutz-, Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen sowie Errichtung eines barrierefreien Zugangs (Freigängerhaus).	200,0

## Erläuterungen

	<b>2021</b>
	Tsd. €
21. Justizvollzugsanstalt Memmingen; Einbau einer BOS-Objektfunkanlage.	380,0
22. Justizvollzugsanstalt Memmingen; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Errichtung eines Sicherheitszauns und Verlegung des Parkplatzes).	450,0
23. Justizvollzugsanstalt München; Einbau eines Aufzugs im Innenhof des Verwaltungsgebäudes.	280,0
24. Justizvollzugsanstalt München; Umbaumaßnahmen im Eingangs- und Besuchsbereich.	230,0
25. Justizvollzugsanstalt München; Errichtung einer BOS-Objektfunkanlage.	300,0
26. Justizvollzugsanstalt München; Instandsetzungsmaßnahmen im Versorgungszentrum (Spülküche und Lüftung). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	300,0
27. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Erneuerung der Aufzugsanlagen im Versorgungszentrum.	90,6
28. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes (Zellenbau).	130,0
29. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Umbau des Dienstgebäudes Marxheimer Straße 2 für Verwaltungszwecke.	400,0
30. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes (Jugendarrestanstalt).	150,0
31. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Einbau einer BOS-Objektfunkanlage.	100,0
32. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Einbau einer BOS-Objektfunkanlage sowie einer digitalen Funkanlage mit Wächterkontrollfunktion (Außenstelle Lichtenau).	110,0
33. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Trennung von Trinkwasser- und Löschwasserleitungsnetz.	445,0
34. Justizvollzugsanstalt Straubing; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes (Unterkunftsgebäude 2).	200,0
35. Justizvollzugsanstalt Straubing; Einbau einer unbeheizten Lüftungsanlage (Pistolenschießstand).	220,0
36. Justizvollzugsanstalt Weiden; Errichtung eines Außenzauns.	250,0
<b><u>Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei 2023"</u></b>	
37. Justizvollzugsanstalt Aichach; Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich.	250,0
38. Justizvollzugsanstalt Bernau; Umbaumaßnahmen im Eingangs- und Besuchsbereich.	100,0
39. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Schaffung eines barrierefreien Eingangsbereichs (Außenstelle Rothenfeld).	200,0
40. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Schaffung eines barrierefreien Zugangs.	300,0
41. Justizvollzugsanstalt Straubing; Einbau eines Aufzugs, einer behindertengerechten Toilette und einer Rampe (Verwaltungsbereich).	150,0
Zusammen	11.685,6

2021 gegenüber 2020:

Mehr 1.700,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A	Ist 2019
1	2	3	4	Ist 2018 Tsd. €	
				5	
710 00-2	056	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 56.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	52.800,0	A	41.500,0
				B	34.274,2
				C	21.962,5
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>			
811 01-9	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	300,0	A	300,0
				B	903,1
				C	297,4
812 01-8	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	800,0	A	500,0
				B	760,4
				C	469,7
812 03-6	056	Neubau eines Versorgungszentrums mit Küche, Bäckerei und Wäscherei in der Justizvollzugsanstalt Aichach	---	A	---
				B	259,6
				C	303,7
812 07-2	056	Teilneuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg	50,0	A	50,0
				B	112,3
				C	125,8
812 08-1	056	Erstausrüstung der neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg- Gablingen	---	A	---
				B	151,7
				C	528,8
812 13-4	056	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen- Bayreuth	---	A	---
				B	67,6
				C	11,2
812 14-3	056	Erstausrüstung der neuen Justizvollzugsanstalt Passau	---	A	---
812 15-2	056	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 1.700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.900,0	A	300,0

## Erläuterungen

**Zu 04 05/811 01**

<b>2021</b>	Tsd. €
<b>1. Erstbeschaffung</b>	
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Straubing)	30,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Kaisheim)	30,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Kempten)	30,0
<b>2. Ersatzbeschaffung</b>	
Zu ersetzen:	
Krankentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	30,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Erlangen)	30,0
Gefangenentransportbus (Justizvollzugsanstalt München)	60,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Memmingen)	30,0
Lastkraftwagen (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	60,0
Zusammen	300,0

**Zu 04 05/812 01**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
Zeiterfassungssysteme	30,0
Büroausstattungen	400,0
Geräte für Personalküchen	20,0
Kleinere Ausstattungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich	330,0
Ausstattung von Sozialräumen	20,0
Zusammen	800,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 300,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 04 05/812 03**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	1.907,4
Haushaltsbetrag 2021	-
Vorbehalten bleiben	92,6

Das neu zu errichtende Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei und Wäscherei) der Justizvollzugsanstalt Aichach muss ausgestattet werden (vgl. 04 05/726 21).

**Zu 04 05/812 07**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	979,1
Bis einschließlich 2020 bewilligt	879,1
Haushaltsbetrag 2021	50,0
Vorbehalten bleiben	50,0

Die Ausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg muss erneuert werden.

**Zu 04 05/812 08**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	10.260,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	8.681,9
Haushaltsbetrag 2021	-
Vorbehalten bleiben	1.578,1

Der Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen muss in großen Teilen ausgestattet werden.

**Zu 04 05/812 13**

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

**Zu 04 05/812 14**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	10.100,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2021	-
Vorbehalten bleiben	10.100,0

Die neue Justizvollzugsanstalt Passau (vgl. 04 05/722 01) muss ausgestattet werden.

**Zu 04 05/812 15**

2021 gegenüber 2020:

Mehr 1.600,0 Tsd. € aufgrund Umstellung auf IP-basierte Telefonie.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €	
				A B C	
1	2	3	4	5	
812 21-4	056	Teilneuausstattung der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung und des Ost- und Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München	357,5	A B C	357,5 582,3 179,8
812 22-3	056	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	85,0	A B C	85,0 51,1 200,8
812 23-2	056	Ausstattung der neuen Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München	---	A	---
812 24-1	056	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	50,0	A B	50,0 42,9
812 26-9	056	Ausstattung des Neubaus eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Besuch sowie einer Torwache mit Fahrzeugschleuse der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	---	A	---
812 29-6	056	Teilneuausstattung der rückgewidmeten Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn	***	A C	--- 42,1
812 30-3	056	Ausstattung der Justizvollzugsanstalt Eichstätt - Einrichtung für Abschiebungshaft	---	A B C	--- 95,6 80,7
812 31-2	056	Ausstattung des neuen Versorgungszentrums und der Turnhalle der Justizvollzugsanstalt Kaisheim	---	A	---

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/812 21</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	4.816,4
Bis einschließlich 2020 bewilligt	4.101,4
Haushaltsbetrag 2021	357,5
Vorbehalten bleiben	357,5

Die überalterten Ausstattungen der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung sowie der Hafträume des Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München müssen erneuert werden.

<b>Zu 04 05/812 22</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	4.375,3
Bis einschließlich 2020 bewilligt	3.540,3
Haushaltsbetrag 2021	85,0
Vorbehalten bleiben	750,0

Die Ausstattung der Versorgungsbetriebe und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg (vgl. 04 05/730 11) muss sukzessive erneuert werden.

<b>Zu 04 05/812 23</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.495,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2021	-
Vorbehalten bleiben	3.495,0

Der Neubau der Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München (vgl. 04 05/711 02) muss ausgestattet werden.

<b>Zu 04 05/812 24</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	1.981,3
Haushaltsbetrag 2021	50,0
Vorbehalten bleiben	968,7

Die generalsanierte Justizvollzugsanstalt Regensburg (vgl. 04 05/746 01) muss neu ausgestattet werden.

<b>Zu 04 05/812 26</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2021	-
Vorbehalten bleiben	3.500,0

Der Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung, Besuch und Torwache sowie einer Fahrzeugschleuse (vgl. 04 05/730 08) muss ausgestattet werden.

**Zu 04 05/812 29**  
Die Maßnahme ist abgeschlossen.

<b>Zu 04 05/812 30</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	828,1
Bis einschließlich 2020 bewilligt	828,1
Haushaltsbetrag 2021	-
Vorbehalten bleiben	-

Ausstattung der Einrichtung für Abschiebungshaft in Eichstätt.

<b>Zu 04 05/812 31</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.176,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	1.175,9
Haushaltsbetrag 2021	-
Vorbehalten bleiben	0,1

Der Neubau des Versorgungszentrums der Justizvollzugsanstalt Kaisheim (vgl. 04 05/725 23) muss, ebenso wie die neue Turnhalle, ausgestattet werden.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
1	2	3	4	C	Ist 2018 Tsd. €
					5
812 33-0	056	Ausstattung der Sozialtherapeutischen Abteilungen und der Abteilungen des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten	50,0	A	50,0
				C	37,1
812 35-8	056	Einbeziehung der Justizvollzugsanstalten in ein bundeseinheitliches Sprech- und Datenfunksystem, Ausstattung mit Digitalfunk, Digitaler Behördenfunk - BOS-Funk	250,0	A	250,0
				B	2,5
				C	7,0
812 37-6	056	Erst- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe in der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	40,0	A	40,0
				B	68,8
				C	211,1
812 41-0	056	Erstausrüstung der neuen Einrichtung für Abschiebungshaft in Hof	2.000,0	A	400,0
812 42-9	056	Teilneuausstattung der Druckerei der Justizvollzugsanstalt Straubing	***	A	---
				B	20,7
				C	499,4
812 48-3	056	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.000,0	A	6.150,0
				B	4.463,0
				C	3.433,2
812 49-2	056	Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachungs- und Videosensoranlagen in den Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.870,0	A	1.870,0
				B	813,9
				C	235,4
823 10-4	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 516 01.</i>	1.429,2	A	1.367,1
				B	1.307,6
				C	1.250,8



## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/812 33</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	2.976,5
Haushaltsbetrag 2021	50,0
Vorbehalten bleiben	473,5

Durch den Ausbau des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten und der Einrichtungen für sozialtherapeutische Maßnahmen soll das Behandlungsangebot in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.

<b>Zu 04 05/812 35</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.009,5
Bis einschließlich 2020 bewilligt	9,5
Haushaltsbetrag 2021	250,0
Vorbehalten bleiben	750,0

Die Einführung des „BOS-Funks“ (digitaler Behördenfunk) ist angezeigt, um noch besser mit anderen Sicherheitskräften (Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst) kommunizieren und im Falle einer Alarmlage effektiv handeln zu können.

<b>Zu 04 05/812 37</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.263,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	2.183,0
Haushaltsbetrag 2021	40,0
Vorbehalten bleiben	40,0

Durch die Umwidmung der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld in eine Anstalt für junge, männliche Erwachsene muss die Ausstattung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe teilweise ergänzt und fortlaufend erneuert werden.

<b>Zu 04 05/812 41</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2020 bewilligt	85,0
Haushaltsbetrag 2021	2.000,0
Vorbehalten bleiben	915,0

Die neue Einrichtung für Abschiebungshaft in Hof (vgl. 04 05/736 30) muss ausgestattet werden.

2021 gegenüber 2020:  
Mehr 1.600,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 05/812 42**  
Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 05/812 48**  
Durch den Einbau von elektrotechnischen und optischen Überwachungsanlagen und die Ausstattung von Anstalten mit weiteren sicherheitstechnischen Geräten (zum Beispiel Personen-Notsignal-Anlagen, Metalldetektorrahmen, Schließenanlagen), soll die Sicherheit in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden. Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Haftraumkommunikationsanlagen und Personen-Notsignal-Anlagen entsprechen teilweise nicht mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert werden.

2021 gegenüber 2020:  
Weniger 150,0 Tsd. € entsprechend dem Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/6405.

**Zu 04 05/812 49**  
Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Video- und Videosensoranlagen zur Überwachung der Außenfassaden, der Dächer sowie weiterer sicherheitsrelevanter Bereiche entsprechen teilweise nicht mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert und ggf. auch erweitert werden.

2021 gegenüber 2020:  
Mehr 1.000,0 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf für die Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachungs- und Videosensoranlagen.

**Zu 04 05/823 10**  
Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München wird als Pilotprojekt im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) realisiert. Die hier veranschlagten Raten umfassen nur die investiven Kosten (Tilgungsanteil). Die Raten für den Zinsanteil und die Betriebskosten sind bei 04 05/520 01 veranschlagt.

2021 gegenüber 2020:  
Mehr 62,1 Tsd. € wegen Anstieg der jährlichen Tilgungsrate.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
823 12-2	056	Investive Ausgaben im Rahmen des Energiespar-Contractings	---	A B C	--- 121,7 250,7
<b>Titelgruppen</b>					
<b>71 Versorgung der Gefangenen</b>					
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>					
412 71-7	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	55,0	A B C	55,0 42,1 37,2
427 71-0	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern bis zu 3 Stellen der BesGr. A 14 (Medizinaloberrat/rätin) verstärkt werden.</i>	3.400,0	A B C	2.800,0 2.164,4 1.841,1
511 71-7	056	Bekleidung, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Geräte, Bücher und Zeitschriften	4.000,0	A B C	4.000,0 4.579,0 4.409,9
514 71-4	056	Lebensmittel und Medikamente sowie andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte einschl. der für ärztliche und zahnärztliche Versorgung	21.000,0	A B C	19.000,0 21.049,8 20.274,3
526 71-0	056	Kosten für Sachverständige und Beiratsmitglieder	700,0	A B C	700,0 669,8 474,0
533 71-1	056	Allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen für Gefangene außerhalb der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/271 01.</i>	250,0	A B C	250,0 221,3 206,4
538 71-6	056	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 7.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.500,0	A B C	9.300,0 9.572,7 9.140,8
546 71-6	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	200,0	A B C	1.000,0 546,7 489,0
547 71-5	056	Rundfunk- und Fernsehgebühren	70,0	A B C	70,0 52,2 50,9
671 71-3	056	Erstattungen an Sonstige im Inland <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern der vierten Qualifikationsebene verstärkt werden.</i>	1.500,0	A B C	900,0 1.400,0 1.372,4

## Erläuterungen

**Zu 04 05/823 12**

Aufwendungen für bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle und Investitionen in die Anlagentechnik beim Energiespar-Contracting.

**Zu 04 05/412 71**

Erstattung der notwendigen Auslagen für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten.  
Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

**Zu 04 05/427 71**

Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Betriebsärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Fachkräfte.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 04 05/511 71**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Bücher und Zeitschriften	50,0
2. Bettzeug, Wäsche und Bekleidung für durchschnittlich 11.600 Gefangene	3.100,0
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	610,0
4. Sonstiges	240,0
Zusammen	<u>4.000,0</u>

**Zu 04 05/514 71**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
Veranschlagt sind:	
Aufwendungen für durchschnittlich 11.600 Gefangene	20.400,0
Sonstige Kleinausgaben	600,0
Zusammen	<u>21.000,0</u>

2021 gegenüber 2020:

Mehr 2.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 04 05/526 71**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
Veranschlagt sind:	
Entschädigungen für Beiratsmitglieder	20,0
Ausgaben für fachpsychologische Gutachten	470,0
Ausgaben für Videodolmetscherleistungen	120,0
Andere Sachverständigengutachten (z.B. Dolmetscher, Übersetzer)	90,0
Zusammen	<u>700,0</u>

**Zu 04 05/538 71**

Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung der Gefangenen in Krankenanstalten sowie für die Behandlung therapiefähiger Sexualstraftäter durch externe Therapeuten.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 2.200,0 Tsd. € wegen des nicht steuerbaren Anstiegs an schwersterkrankten Inhaftierten sowie des weiteren schrittweisen Ausbaus der Telemedizin.

**Zu 04 05/546 71**

Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen.

2021 gegenüber 2020:

Weniger 800,0 Tsd. € wegen Ausgabemittelverschiebung zu 04 05/534 01.

**Zu 04 05/547 71**

Veranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie die urheberrechtlichen Vergütungen für den Empfang privater Fernseh- und Hörfunksendungen.

**Zu 04 05/671 71**

Erstattung von Vergütungen für Diakone und Pastoralassistenten an kirchliche Institutionen für Kräfte, die für den seelsorgerlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung und den voraussichtlichen Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019	
				A C	B Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
812 71-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.600,0	A B C	2.000,0 1.002,5 1.398,2
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	45.275,0	A B C	40.075,0 41.300,4 39.694,1
		<b>72 Arbeitsbetriebskosten</b> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Vgl. Vermerk zu Titel 125 01.</i>			
427 72-9	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	400,0	A B C	400,0 318,5 323,0
511 72-6	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.600,0	A B C	1.600,0 2.074,2 1.933,8
514 72-3	056	Werkstoffe, Haltung der Fahrzeuge	12.400,0	A B C	11.800,0 12.391,8 11.354,9
518 72-9	056	Ausgaben für Leasing von Fahrzeugen der Arbeitsverwaltung	20,0	A B C	20,0 4,6 6,5
527 72-8	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen bei Außenarbeiten	75,0	A B C	75,0 53,7 46,9
533 72-0	056	Berufsbildung der Gefangenen im Rahmen der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/235 01.</i>	600,0	A B C	600,0 897,4 811,8
534 72-9	056	Aufwendungen für Auftragnehmer	63,6	A B C	63,6 57,1 57,1
547 72-4	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.000,0	A B C	1.000,0 978,8 879,8

## Erläuterungen

**Zu 04 05/812 71**

Mit den Mitteln werden sowohl Geräte als auch Maschinen für die Versorgung, die medizinische Betreuung und die Bildung der Gefangenen beschafft. Ebenso Haftraumausstattungen und Sportgerätschaften.

	<b>2021</b>
	Tsd. €
Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für	
- die medizinische Betreuung der Gefangenen	700,0
- Anstaltswäschereien	400,0
- Anstaltsküchen	600,0
- Bildungsmaßnahmen außerhalb der Arbeitsverwaltung	100,0
- Hafträume (nur Ausstattung)	750,0
- sonstige Geräte und Maschinen mit Kosten über 5,0 Tsd. € im Einzelfall	50,0
Zusammen	2.600,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 04 05/72**

Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei 04 05/125 01 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Im Übrigen wird auf die Art. 39 ff, 146 ff. BayStVollzG Bezug genommen:

- Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere der Wiedereingliederung nach der Entlassung
- Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen
- Gefangene sollen Gelegenheit zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung haben.

**Zu 04 05/514 72**

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	500,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	200,0
Zusammen	700,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	700,0
Personalausgaben	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	1.350,0
Ausgaben für Leasing/Miete	20,0
Zusammen	2.070,0

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2021	Soll 2020	am 1.4.2020 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	45	45	38	-
Nutzfahrzeuge	120	120	112	1

	<b>2021</b>
	Tsd. €
<b>Werkstoffe für alle Arbeitsbetriebe</b>	11.700,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung und den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 04 05/534 72**

Veranschlagt werden die Aufwendungen für den Online-Shop-Betreiber.

**Zu 04 05/547 72**

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Müllabfuhr u. a sowie Geschäftsbedarf, Steuern und Abgaben, Frachtkosten, Mieten und Pachten. Ebenso die Ausgaben für den Betrieb des Online-Shops (Pflege Produktdatenbank, Logistikkosten, Hostingkosten, Werbebudget, Marketingbudget, Fulfillmentkosten), für Marketingmaßnahmen außerhalb der Eigenmarke "Haftsache" (Service- und Koordinierungsstelle), für den Betrieb der ERP-Software und für Zertifizierungsmaßnahmen (Service- und Koordinierungsstelle). Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
				C	Ist 2018
1	2	3	4	Tsd. €	
				5	
671 72-2	056	Erstattungen an Unternehmer	400,0	A	400,0
				B	344,7
				C	385,0
681 72-0	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/682 72.</i>	16.500,0	A	16.000,0
				B	16.059,3
				C	16.022,0
682 72-9	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß Art. 206 BayStVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	4.300,0	A	5.500,0
				B	4.015,2
				C	5.356,0
701 72-6	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 701 01. Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.280,0	A	1.280,0
				B	1.494,7
				C	1.370,2

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/671 72</b>	<b>2021</b>
Veranschlagt sind:	Tsd. €
Erstattungen an Unternehmen, die im Auftrag der Arbeitsbetriebe Möbel oder Ähnliches aufbauen	110,0
Kosten für Beratungshonorare (Online-Shop)	12,0
Kosten für externe Beratungsleistungen (Service- und Koordinierungsstelle)	268,0
Kosten für Beratungsprojekte (Service- und Koordinierungsstelle)	10,0
Zusammen	400,0

**Zu 04 05/681 72**

Ausgaben für

- Arbeitsentgelt (Art. 46, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Ausbildungsbeihilfe (Art. 47, 149 Abs. 2 BayStVollzG) und
- Ausgleichentschädigung (Art. 46 Abs. 11, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Taschengeld (Art. 54, 149 Abs. 3 BayStVollzG),
- Taschengeld für Untersuchungsgefangenen (BayUVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Verletztengeld im Sinne des § 47 Abs. 6 SGB VII im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse gewährt werden.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 500,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 05/682 72**

Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 1 Nr. 4, § 347 Nr. 3, § 349 Abs. 2 SGB III) und die im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse von der Justizvollzugsanstalt München abzuführenden Beträge der Bayerischen Landesunfallkasse an die Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 2 Nr. 1, § 347 Nr. 5, § 349 Abs. 3 SGB III) bei Bezahlung von Verletztengeld an Gefangene.

2021 gegenüber 2020:

Weniger 1.200,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 04 05/701 72**

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

	<b>2021</b>
	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Bernau; Errichtung eines Fahrsilos mit Transportwegen.	200,0
2. Justizvollzugsanstalt Bernau; Neubau einer Stallung für Zuchtschweine.	300,0
3. Justizvollzugsanstalt Bernau; Neubau einer landwirtschaftlichen Maschinen- und Gerätehalle.	350,0
4. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Trinkwasserinstallation in der Landwirtschaft.	300,0
5. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Siloplatte, des westlichen Zufahrtstores und Instandsetzung der Dächer des Werkstattgebäudes und östlichen Schweinestalls.	400,0
6. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erweiterung und Instandsetzung des Arbeitsbetriebsgebäudes (Schreinerei/Holzwerkstatt) in der Außenstelle Lichtenau.	240,0
7. Bayerische Justizvollzugsakademie Straubing; Erneuerung der Lüftungs- und Klimaanlage des Speisesaals und der Küche (Arbeitsbetrieb).	490,0
Zusammen	2.280,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
811 72-3	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	1.350,0	A B C	550,0 271,6 298,4
812 72-2	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	6.300,0	A B C	3.000,0 2.117,7 2.001,4
<b>Summe der Titelgruppe</b>			47.288,6	A B C	42.288,6 41.079,4 40.846,7



## Erläuterungen

**Zu 04 05/811 72**

Enthalten sind 250,0 Tsd. € aus der Bayerischen Klimaschutzoffensive (Klimaverträgliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe der Justizvollzugsanstalten).

<b>2021</b>	Tsd. €
<b>1. Erstbeschaffung</b>	
<b>2. Ersatzbeschaffung</b>	
Zu ersetzen:	
Lastkraftwagen (Justizvollzugsanstalt Aichach)	120,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	190,0
Lastkraftwagen (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	130,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Bernau)	80,0
Kleintraktor (Justizvollzugsanstalt Bernau)	60,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	80,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	80,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Kaisheim)	80,0
Kleinbus (Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech)	50,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech)	190,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	190,0
Dienstfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Straubing)	40,0
Kommunaltraktor (Justizvollzugsanstalt Straubing)	60,0
Zusammen	1.350,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 800,0 Tsd. € aufgrund der voraussichtlichen Ausgabeentwicklung (u. a. klimaverträgliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe der Justizvollzugsanstalten sowie Ausbau der Elektromobilität).

**Zu 04 05/812 72**

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

	<b>2021</b>
Geräte, Maschinen, Ausstattungen und Anlagen für	Tsd. €
- Bäckereien	250,0
- Baubetriebe	20,0
- Druckereien und Buchbindereien	200,0
- Gärtnereien	50,0
- Kfz-Werkstätten	80,0
- Elektrobetriebe	30,0
- Umstellung auf ökologische Landwirtschaft	100,0
- Schlossereien	300,0
- Schneidereien	50,0
- Schreinereien	300,0
- Lohnwäschereien	100,0
- Schuhmachereien	30,0
- Arbeitsräume	50,0
- Allgemeine Ausstattungen	90,0
- Ausbildung im Dienstleistungsbereich	50,0
- ERP-Software	4.600,0
- Ausstattung Dienstgebäude Service- und Koordinierungsstelle	-
Zusammen	6.300,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 3.300,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020	
				A B C	Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>			
511 99-5	056	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.625,2	A B C	1.425,2 1.302,0 1.533,0
514 99-2	056	Verbrauchsmittel	100,0	A B C	100,0 94,9 81,2
518 99-8	056	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	A	---
519 99-7	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Leitungsverlegungen, Uminstallationen usw.	40,0	A C	40,0 18,8
525 99-9	056	Aus- und Fortbildung	60,0	A B C	60,0 13,8 8,0
526 99-8	056	Ausgaben für Sachverständige, EDV-Programmierer, EDV-Gutachter	100,0	A B C	100,0 88,8 137,7
533 99-9	056	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	A	---
534 99-8	056	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	20,0	A	20,0
535 99-7	056	Miete für Software	---	A	---
812 99-1	056	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.200,0	A B C	1.000,0 1.821,7 751,1
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	3.145,2	A B C	2.745,2 3.321,1 2.529,7
		<b>Gesamtausgaben</b>	522.353,4	A B C	474.294,4 469.349,9 436.433,9

## Erläuterungen

**Zu 04 05/99**

1. In allen 36 Justizvollzugsanstalten werden vernetzte Personalcomputer für folgende Aufgaben eingesetzt:
- Informationssystem über Gefangenendaten mit Auswertefunktion  
Verfahren zur Verwaltung und Bearbeitung von Gefangenendaten mit integrierten, aufgabebezogenen Unterstützungsfunktionen für die Bediensteten (z.B. Kammer, Torwache)
  - Gefangenengelderbuchführung
  - Berechnung des Arbeitsentgelts, der Ausbildungsbeihilfe und des Verletztengeldes der Gefangenen
  - Führung der Beschäftigungsübersicht
  - Auftragsbearbeitung und Fakturierung in der Arbeitsverwaltung
  - Zeiterfassung für Bedienstete und Bereitstellung der Daten zur Berechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
  - Büroautomation am Arbeitsplatz des Sachbearbeiters mit Zugriff auf das Bayerische Behördennetz.
- Die Justizvollzugsanstalten verfügen über eine Vollausrüstung mit IT-Technologie d.h. alle geeigneten Bedienstetenarbeitsplätze und die Arbeitsbetriebe sind in das örtliche DV-Netz eingebunden.
- Zum Zwecke des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften) sowie für Leitungs- und Steuerungsaufgaben der Aufsichtsbehörde ist eine zentrale Haftdatei mit Gefangenendaten aus allen bayerischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.
- Bei der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing werden vernetzte Personalcomputer zur Automatisierung der Verwaltungsaufgaben und zur Unterstützung bei der Lehrtätigkeit eingesetzt.
2. Es ist beabsichtigt, die Funktionalitäten für die Arbeitsbetriebe zu erweitern (insb. Warenwirtschaft), die elektronische Akte einzuführen und die Anstalten flächendeckend mit einem Programm zur Unterstützung bei der Erstellung und Pflege des Dienstplans auszustatten.

**Zu 04 05/511 99****2021**

Tsd. €

1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	600,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	700,0
3. Mieten und Wartung	325,0
4. Bücher und Zeitschriften	-
5. Sonstiges	-
Zusammen	1.625,0

2021 gegenüber 2020:

Mehr 200,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 04 05/525 99**

Schulungsaufwand für das Personal der IT-Leitstelle aufgrund neuer Technologien sowie für die EDV-Sachbearbeiter in den Justizvollzugsanstalten beim Einsatz neuer EDV-Verfahren.

**Zu 04 05/812 99**

Laufende Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für veraltete Ausstattungen.

2021 gegenüber 2020:

Mehr 200,0 Tsd. € wegen Anpassung an die erwarteten Ausgaben.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €	
				A B C	
1	2	3	4	5	
		<b>Abschluss</b>			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	43.791,0	A B C	39.467,0 46.730,8 43.938,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	418,0	A B C	498,0 259,0 562,3
		<b>Gesamteinnahmen</b>	44.209,0	A B C	39.965,0 46.989,8 44.500,6
		Personalausgaben	297.368,4	A B C	281.725,5 280.991,4 267.426,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	106.419,9	A B C	97.025,0 108.640,7 103.608,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	24.167,8	A B C	24.458,7 23.268,8 24.261,3
		Baumaßnahmen	66.765,6	A B C	52.765,6 41.411,0 28.524,5
		Sonstige Sachinvestitionen	27.631,7	A B C	18.319,6 15.038,0 12.613,9
		<b>Gesamtausgaben</b>	522.353,4	A B C	474.294,4 469.349,9 436.433,9
		<b>Zuschuss</b>	478.144,4	A B C	434.329,4 422.360,1 391.933,3

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €	
				A	B C
1	2	3	4	5	
		<b>Abschluss Epl. 04</b>			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	1.164.588,5	A 1.064.942,5 B 1.174.887,9 C 2.009.022,7	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.949,0	A 4.229,0 B 15.218,3 C 4.415,0	
		<b>Gesamteinnahmen</b>	1.168.537,5	A 1.069.171,5 B 1.190.106,2 C 2.013.437,7	
		Personalausgaben	1.736.132,3	A 1.672.693,9 B 1.588.320,6 C 1.519.668,1	
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €           625,0			
		Sächliche Verwaltungsausgaben	763.415,4	A 714.231,1 B 700.756,7 C 689.434,5	
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €           238.989,9			
		Ausgaben für den Schuldendienst	50,0	A 50,0 B 64,1 C 62,0	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	42.116,4	A 40.052,8 B 36.443,9 C 37.200,7	
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €           18.730,0			
		Baumaßnahmen	153.529,6	A 101.529,6 B 100.182,9 C 68.216,8	
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €           112.500,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	62.978,5	A 48.166,4 B 49.801,0 C 41.827,3	
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €           24.050,0			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	-	A - B 181,3 C -	
		Besondere Finanzierungsausgaben	-14.092,4	A -3.110,4 B 279,2 C 332,8	
		<b>Gesamtausgaben</b>	2.744.129,8	A 2.573.613,4 B 2.476.029,6 C 2.356.742,1	
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €           394.894,9			
		<b>Zuschuss</b>	1.575.592,3	A 1.504.441,9 B 1.285.923,4 C 343.304,4	

## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2021	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4
<b>04 01</b>			
459 01	Prüfungsvergütungen	2.550,0	625,0
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	510,0	300,0
518 18	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	30,0	60,0
531 11	Fachveröffentlichungen	337,5	200,0
547 01	Ausrichtung der Justizministerkonferenz	- - -	170,0
686 02	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug)	184,7	185,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	140,0	100,0
<b>04 02</b>			
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	160,0	1.000,0
<b>04 04</b>			
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	14.840,3	10.000,0
511 02	Entgelte für Postdienstleistungen	23.000,0	23.000,0
514 20	Beschaffung von Munition	70,0	70,0
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	28.453,8	42.000,0
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	13.194,6	70.000,0
518 18	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	214,0	3.000,0
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	13.595,6	13.000,0
525 01	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer	3.262,2	15.000,0
525 02	Aus- und Fortbildung von Betreuern	100,0	100,0
545 01	Technische Sicherung von Wohnungen	50,0	150,0
632 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	3.355,9	3.000,0
685 01	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern"	515,0	545,0
686 03	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter	7.500,0	15.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	13.404,0	16.000,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	6.000,0	6.000,0

## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2021	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4
<b>04 04</b>			
812 14	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg	250,0	300,0
812 15	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	4.800,0	4.800,0
812 25	Teilneuausstattung Justizbehörden München	782,0	700,0
812 30	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen	2.750,0	2.700,0
812 31	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	1.450,0	1.000,0
812 37	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Kaufbeuren	340,0	50,0
812 40	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Landshut	200,0	200,0
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>		
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	19.960,6	3.028,7
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	2.005,0	2.275,0
526 99	Ausgaben für Sachverständige	27.796,8	9.322,0
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	17.154,6	24.614,2
<b>04 05</b>			
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3.000,0	2.700,0
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	14.800,0	13.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	11.685,6	10.000,0
812 15	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	1.900,0	1.700,0
812 48	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten	6.000,0	4.000,0
812 49	Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachungs- und Videosensoranlagen in den Justizvollzugsanstalten	2.870,0	2.500,0
	<b>71 Versorgung der Gefangenen</b>		
538 71	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen	11.500,0	7.000,0
	<b>72 Arbeitsbetriebskosten</b>		
701 72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung	2.280,0	2.000,0

### Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2021	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4
<b>Epl. 04</b>			
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 3 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	126.000,0	83.500,0
	<b>Summe der Verpflichtungsermächtigungen:</b>		394.894,9



## Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 3.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall  
für den Bereich des

### Epl. 04

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Baukosten Mio. €	davon bis 31.12.2019 verausgabt Mio. €
<b>Festgesetzte Baumaßnahmen</b>	<b>42</b>	<b>1.513,6</b>	<b>711,8</b>
<i>davon wegfallend ab 2021</i>	2	22,9	21,7
<b>Planungstitel</b>	<b>34</b>		
<i>davon neu aufgenommen</i>	4		

2020 standen 78,5 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrundeliegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 3 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Projektunterlage ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Projektfreigabe zur Kenntnis gebracht.
4. Eine Baumaßnahme wird außerhalb der Anlage S im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft finanziert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10).

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021	A	Soll 2020
				B	Ist 2019
				C	Ist 2018
			Tsd. €		Tsd. €
1	2	3	4	5	
<b>04 04</b>		<b>Gerichte und Staatsanwaltschaften</b>			
710 42-5	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 7 (Justizpalast) Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung -	---	A	---
				B	11,4
				C	9,8
710 50-4	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 5 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung -	---	A	---
				B	5,1
				C	6,7
711 01-3	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München (Strafjustizzentrum) <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen. Die am Jahresende nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen 2015 i.H.v. 216.000,0 Tsd. € und 2017 i.H.v. 84.000,0 Tsd. € gelten abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2016 ff in jeweils verbliebener Höhe fort.</i>	50.000,0	A	14.000,0
				B	28.830,9
				C	16.810,8
711 05-9	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für Verfahren mit höchster Sicherheitsstufe und einer Einfachturnhalle auf dem umwehrten Gelände der JVA München-Stadelheim	---	A	---
				C	129,2
711 06-8	051	Sanierung des Amtsgerichts Fürstfeldbruck - Planung -	---	A	---
712 20-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Erding - Planung -	---	A	---
714 02-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Rosenheim (Justizzentrum) - Planung -	---	A	500,0
				C	3,3
716 01-8	051	Zentraljustizgebäude in Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - Planung -	400,0	A	500,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
16.10.2007 08.11.2010	28.500,0	27.046,3	-	- Das 1891-97 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude wird seit einigen Jahren saniert. Die Maßnahme ist in mehrere Bauabschnitte gegliedert. Die Maßnahmen des 1. Bauabschnittes (u.a. Sanierung der Fenster Innenhofseite, Sanierung der Sanitärbereiche, Erneuerung der Lüftungs- und elektrotechnischen Anlagen und Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen) sind nahezu abgeschlossen. Im Rahmen des 2. Bauabschnittes ist unter anderem die Sanierung der Kuppel vorgesehen. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
19.10.2007 14.04.2014	8.000,0	7.711,5	-	- Das 1906-08 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen. Die Kosten des 2. Bauabschnittes werden im Rahmen der Planung ermittelt.
03.02.2015 31.07.2018	333.000,0	67.491,2	166.508,8	Im Verlauf der im Jahr 2004 begonnenen Sanierungsarbeiten im Bauteil C des Strafjustizzentrums München, Nymphenburger Straße 16/Linprunstraße 25 hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung auch der Bauteile A und B nicht mehr mit vertretbaren Kosten erfolgen kann. Aus diesem Grund wird derzeit am südlichen Oberwiesenfeld das neue Strafjustizzentrum München errichtet. Im Gebäude wird künftig die gesamte Münchner Strafgerichtsbarkeit (Oberlandesgericht München, Landgerichte München I und II, Amtsgericht München) und die Staatsanwaltschaften München I und II sowie die Generalstaatsanwaltschaft untergebracht. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 19.09.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
30.05.2012 14.06.2016	17.127,0	16.180,5	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Fürstenfeldbruck ist auf zwei Standorte verteilt untergebracht. In beiden (denkmalgeschützten) Gebäuden besteht ein Sanierungsbedarf, der einer Generalsanierung nahe kommt. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Erding ist auf mehrere Standorte verteilt untergebracht. Die Raumverhältnisse sind äußerst beengt. Aus diesem Grund ist eine bauliche Erweiterung bzw. die Errichtung eines Neubaus erforderlich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Rosenheim und die Zweigstelle der Staatsanwaltschaft Traunstein sind sehr beengt und in fünf räumlich weit voneinander entfernten Gebäuden im Stadtgebiet (teilweise Mietgebäude) untergebracht. Bereits im Jahr 1991 wurde vom Freistaat Bayern ein Grundstück auf dem sog. "Beilhackgelände" für die Errichtung eines Zentraljustizgebäudes erworben. In den Jahren 2009/2010 wurde mit einem Kostenaufwand von 4,3 Mio. € ein Teilneubau als erstes Modul des Justizzentrums Rosenheim errichtet. Nunmehr soll der Teilneubau in weiteren Bauabschnitten um die noch fehlenden Module ergänzt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Bereits vor einigen Jahren wurde im Rahmen einer Hochbaumaßnahme ein Neubau für die Staatsanwaltschaft Traunstein (1. Bauabschnitt) errichtet und der amtsgerichtliche Erweiterungsbau (2. Bauabschnitt) fertiggestellt. Im Rahmen des 3. Bauabschnittes sollen nunmehr die Aufstockung des Sitzungssaalgebäudes und die Sanierung des Gebäudes erfolgen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021	A	Soll 2020
			Tsd. €	B	Ist 2019
				C	Ist 2018
					Tsd. €
1	2	3	4	5	
<b>04 04</b>					
720 05-8	051	Sanierung des Zentraljustizgebäudes in Landshut - Planung -	---	A	---
720 10-1	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Kelheim - Planung -	---	A	---
725 03-5	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Memmingen	---	A	---
				B	628,3
				C	1.630,4
725 04-4	051	Amtsgericht Kaufbeuren Erweiterung und Sanierung <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.500,0	A	1.000,0
				B	998,3
				C	251,6
730 10-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Erlangen - Planung -	---	A	---
730 35-0	051	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Bau- und Installationsmaßnahmen - z. T. Planung -	2.000,0	A	2.000,0
				B	499,9
				C	841,8
730 40-3	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes auf dem ehemaligen VAG-Gelände in Nürnberg	2.000,0	A	5.000,0
				B	7.999,5
				C	4.486,7
730 45-8	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Nürnberg (Strafjustizzentrum) - Planung -	---	A	500,0
731 10-8	051	Baumaßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung des Amtsgerichts Fürth	200,0	A	1.000,0
				B	536,1
				C	154,5
735 02-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Hof, Berliner Platz 1	---	A	---
				B	60,9
				C	367,6

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Das staatseigene Zentraljustizgebäude in Landshut, Maximilianstraße 22, das sich in ein Sitzungssaal- sowie ein atriumförmiges Bürogebäude gliedert, beherbergt das Landgericht und große Teile des Amtsgerichts. Im Gebäude besteht erheblicher Sanierungsbedarf, vor allem im Hinblick auf Brandschutz, Elektrik, Lüftungsanlagen, Böden, Büroeinbauten und Flachdächer. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Das denkmalgeschützte Gebäude des Amtsgerichts Kelheim bedarf dringend einer Generalsanierung. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
26.03.2014 15.11.2018	13.250,0	12.163,0	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
30.04.2019	15.500,0	1.259,2	7.740,8	Das Amtsgericht Kaufbeuren besteht aus zwei denkmalgeschützten Hauptgebäuden, welche durch einen nachträglich errichteten Verbindungsbau (in dem sich der Haupteingang befindet) miteinander verknüpft sind sowie einem angemieteten Gebäude. Um eine einhäusige Unterbringung zu ermöglichen und den bestehenden Sanierungsstau (u.a. Mängel beim Personen- und Brandschutz, der energetischen Qualität und der Barrierefreiheit) aufzulösen, sind zwei Bauabschnitte vorgesehen. Im Rahmen des ersten Bauabschnitts sollen der Zwischenbau abgebrochen, anschließend neu errichtet und eines der Hauptgebäude saniert werden. Im zweiten Bauabschnitt soll das andere Hauptgebäude saniert und ein dort befindlicher Anbau abgebrochen werden. Die Gesamtkosten wurden am 03.07.2019 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Der Sitzungssaalbereich des Amtsgerichts Erlangen muss dringend umfassend saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
15.11.2000 06.09.2012	40.140,0	34.207,3	2.232,7	Im Justizgebäude an der Fürther Straße 110-112 in Nürnberg sind umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen erforderlich: u.a. Erweiterung des EDV-, Telekommunikations- und Starkstromnetzes, Erneuerung von Aufzügen, Brandschutzmaßnahmen, Umbau der Hauptpforte einschließlich Erneuerung der Gebäudemeldeeinrichtungen, eine Anpassung der Kantinenküche an die hygienischen Anforderungen, Sanierung bzw. Teilerneuerung des Kanalsystems, Sanierung der sanitären Anlagen, der Flure und der Heizungsanlage sowie weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 4. Teilbaumaßnahme fortgesetzt und die 5. Teilbaumaßnahme geplant werden.
02.06.2014 15.07.2020	32.140,0	25.219,2	1.300,0	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	-	-	- Das direkt an die Anstaltsmauer angebaute Ermittlungsrichtergebäude soll aus Sicherheitsgründen abgerissen werden. Es ist vorgesehen, das Ermittlungsrichtergebäude im Rahmen einer vorgezogenen Teilbaumaßnahme des 2. Bauabschnitts der Errichtung des Strafjustizzentrums Nürnberg auf dem sog. VAG-Gelände zu errichten. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
04.05.2018	2.750,0	765,6	-	- Im Rahmen der barrierefreien Erschließung des Gebäudes des Amtsgerichts Fürth in der Bäumenstraße 28 und 32 ist die Errichtung eines eingeschossigen Verbindungsbaus vorgesehen. Die Gesamtkosten wurden am 04.07.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
11.02.2009 07.04.2010	28.925,0	25.600,6	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>04 04</b>					
735 03-3	051	Erweiterung der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz - Planung -	300,0	A	1.000,0
735 04-2	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für das Amts- und Landgericht Hof - Planung -	300,0	A	500,0
735 10-4	051	Amtsgericht Wunsiedel, Sanierung - Planung -	---	A	---
740 02-7	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Aschaffenburg <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.000,0	A B C	6.000,0 4.539,8 1.900,0
742 01-6	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Schweinfurt <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 18.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.500,0	A B C	5.000,0 5.127,0 1.722,8
743 01-5	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht Haßfurt	---	A B C	--- 411,6 1.903,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Schul- und Unterakunftsgebäude der Justizakademie Pegnitz wurden in den Jahren 2003 bis 2008 letztmals erweitert, umgebaut und saniert. Dennoch ist bereits seit dem Jahr 2012 die Kapazitätsgrenze erneut erheblich überschritten. Neben der Ausbildung der zweiten Qualifizierungsebene obliegt der Schule auch die Ausbildung der Gerichtsvollzieher und der Justizwachtmeister. Im Jahr 2013 kam die zentrale Schulung neu eingestellter Beschäftigter hinzu. Außerdem musste das Fortbildungsangebot (insbesondere im Bereich der EDV) kontinuierlich ausgebaut und den aktuellen Erfordernissen an einen zeitgemäßen Bürobetrieb angepasst werden. Dies hat zur Folge, dass aufgrund der fehlenden räumlichen Kapazitäten zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen in andere Tagungsstätten verlegt werden müssen. Lehrgangsteilnehmer müssen in nicht unerheblicher Zahl außerhalb des Schulgeländes in privat angebotenen Unterkünften oder in einem Motel in der Stadt Pegnitz untergebracht werden. Bei der Planung sollen Synergieeffekte der Behördenverlagerung des Fachbereichs Rechtspflege der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern von Starnberg nach Pegnitz berücksichtigt werden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Entsprechend der baufachlichen Festsetzung vom 11.02.2009 wurde für die Justizbehörden Hof ein neues Zentraljustizgebäude errichtet (vgl. Tit. 735 02). Im Verlauf der Baumaßnahme hat sich herausgestellt, dass auch der Sitzungssaalbau nicht mehr mit vertretbaren Kosten saniert werden kann. Zudem hat sich der Flächenbedarf der Justizbehörden Hof seit dem Beginn der Baumaßnahmen u.a. durch die Gründung des Zentralen Vollstreckungsgerichts in Hof erhöht. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung finanziert und mit der Maßnahme begonnen werden.
-	-	-	-	- Das Gebäude des Amtsgerichts Wunsiedel muss dringend umfassend saniert werden. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
27.05.2016	26.000,0	8.897,5	8.602,5	In den denkmalgeschützten Gebäuden der Justizbehörden in Aschaffenburg besteht sowohl erheblicher Raum- als auch Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit). Es ist vorgesehen, den Sitzungssaaltrakt in der Erthalstraße 3 aufzustocken und das gesamte Gebäude einer Generalsanierung zu unterziehen. Im Gebäude am Schlossplatz 7 soll das Dachgeschoss ausgebaut werden. Die Gesamtkosten wurden am 13.07.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Maßnahme fortgeführt.
02.06.2006 31.01.2018	67.320,0	10.639,9	37.680,1	Die Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Friedenstraße 2 in Schweinfurt für die Zwecke der Justiz ist nicht wirtschaftlich. Das Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Die Baumaßnahme wird in Teilbaumaßnahmen durchgeführt. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die den Abbruch des fünfstöckigen Nordflügels des ehemaligen Finanzamts, die Sanierung des restlichen Teils für Zwecke des Grundbuchamts und das denkmalgeschützte ehemalige Rentamt umfasste. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt. Die 2. Teilbaumaßnahme wird in mehreren Bauabschnitten durchgeführt (1. Bauabschnitt - Abriss des restlichen Finanzamts, 2. Bauabschnitt - Errichtung eines neuen Justizgebäudes und 3. Bauabschnitt - Sanierung des historischen Justizgebäudes). Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 21.03.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
08.09.2014 19.12.2019	12.040,0	11.299,7	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>04 04</b>					
744 01-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Obernburg a. Main - Planung -	---	A	---
747 01-1	051	Justizgebäude in Amberg, Regierungsstraße 8-10 Generalsanierung	---	A C	--- 81,5
747 02-0	051	Amtsgericht Amberg Erweiterung und Sanierung - Planung -	---	A	---
<b>Summe Kapitel 04 04</b>			73.200,0	A B C	37.000,0 49.730,5 30.343,8
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. €	27.000,0		
<b>04 05</b>		<b>Justizvollzugsanstalten</b>			
710 17-3	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierung der Entwässerungsanlagen sowie der Versorgungs- und Arbeitsbetriebe - z. T. Planung -	---	A	---
711 01-0	056	Justizvollzugsanstalt München Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Erneuerung der Außenumweh rung und der Videoüberwachungsanlagen) <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	A B C	1.000,0 366,2 2.235,6
711 02-9	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Krankenabteilung <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.300,0	A B C	1.000,0 1.193,9 573,9



Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Obernburg a. Main ist derzeit in einem Gebäude in der Römerstraße 80 (staatseigen) und einem Mietgebäude beengt untergebracht. Im Rahmen der Behördenverlagerung ist geplant, das bisher vom Finanzamt Obernburg genutzte Gebäude in der Römerstraße für die Zwecke der Justiz zu übernehmen. Im Anschluss daran sollen Sanierungsmaßnahmen in den staatseigenen Gebäuden in der Römerstraße durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
31.08.2004 11.02.2016	27.350,0	27.137,8		- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Amberg ist in mehreren Gebäuden (Paulanerplatz 4 mit Anbau, Baustadelgasse 1) aus unterschiedlichen Bauzeiten untergebracht. In allen Gebäuden besteht erheblicher Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit, Energieeinsparung). Vorgesehen ist, den funktional absolut unzulänglichen Anbau (ehemaliges Werkstattgebäude) am Paulanerplatz abzureißen und das verbleibende Hauptgebäude durch ein Verbindungsbauwerk an die Baustadelgasse 1 anzubinden. Anschließend sollen die Bestandsbauten am Paulanerplatz und in der Baustadelgasse saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
30.04.2009	3.750,0	3.056,7		- Die Entwässerungsanlagen sowie die Versorgungs- und Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt München müssen dringend erneuert bzw. saniert werden. 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Sanierung der Abwasserkanäle und Errichtung eines Regenwasserkanals (Trennung von Schmutz- und Regenwasser). 2. Teilbaumaßnahme: Sanierung der Versorgungs- und der Arbeitsbetriebe. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, welche mit Gesamtkosten von 3.056,7 Tsd. € abgeschlossen worden ist. Die Kosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.
24.02.2016 16.08.2018	21.760,0	6.111,4	7.248,6	Die Justizvollzugsanstalt München muss auf Grund ihrer Zuständigkeit und dem neu hinzugekommenen Hochsicherheitsgerichtssaal die höchsten Sicherheitsanforderungen erfüllen. Die vorhandenen baulichen und elektrotechnischen Sicherheitsanlagen entsprechen nur noch bedingt dem aktuellen Bedarf. Zur Verbesserung der Sicherheitslage sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 20.09.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.
13.05.2019	51.000,0	1.794,2	39.205,8	Die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München ist im Nordbau unzureichend untergebracht. Die dort anzutreffenden baulichen, vollzuglichen und hygienischen Rahmenbedingungen sind stark veraltet. Eine Sanierung des Bestandsgebäudes für die Gesundheitsfürsorge von Gefangenen ist im Hinblick auf die Bausubstanz unwirtschaftlich. Es ist deshalb dringend notwendig, einen Neubau zu errichten. Der Neubau wird als zentrale Krankenabteilung konzipiert. Dezentrale Einheiten in anderen Anstalten sollen insoweit überprüft und entsprechende Einsparpotentiale realisiert werden. Die Gesamtkosten wurden am 09.07.2019 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>04 05</b>					
711 20-7	056	Justizvollzugsanstalt München Brandschutzmaßnahmen und Instandsetzung der betriebstechnischen Anlagen - z. T. Planung -	300,0	A B C	1.000,0 1.431,8 1.770,3
<u>711 21-6</u>	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau eines Unterkunftsgebäudes - Planung -	100,0	A	
711 34-1	056	Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	---	A	---
712 02-8	056	Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn Errichtung eines Unterkunftsgebäudes - Planung -	---	A C	200,0 16,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
30.01.2015	6.900,0	5.353,4	-	<p>In der Justizvollzugsanstalt München werden im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme bauliche Brandschutzmaßnahmen sowie die Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden am 12.03.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p> <p>In der anschließenden 2. Teilbaumaßnahme sollen weitere bauliche Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die Planung der 2. Teilbaumaßnahme begonnen.</p>
-	-	-	-	<p>Die in der Justizvollzugsanstalt München vorhandenen Unterkunftsgebäude Nordbau sowie der West- und der Ostbau mit zusammen ca. 660 Haftplätzen und weiteren ca. 50 Plätzen in der Transportabteilung sind in der kompletten Bausubstanz vollständig verbraucht. In der Vergangenheit wurde gutachterlich festgestellt, dass die Unterkunftsgebäude West- und Ostbau nicht mehr sanierungsfähig sind, sondern durch Neubauten ersetzt werden müssen. Mittelfristig ist der Umbau und die Sanierung des Nordbaus notwendig. Für den Westbau und für den Ostbau müssen Ersatzbauten errichtet werden. Nachdem die genannten Unterkunftsgebäude einen wesentlichen Teil der Belegungsfähigkeit der Anstalt abdecken, muss in einem ersten Schritt ein zusätzliches Unterkunftsgebäude als Ausweichquartier errichtet werden, welches später als zusätzliche Haftplatzkapazität eingebunden wird. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.</p>
12.04.1999 11.06.2001	9.663,4	9.671,4	-	<p>Die Justizvollzugsanstalt Bernau wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut, instandgesetzt und modernisiert:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Generalsanierung der Wärme- und Energieversorgung.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Äußerer Sicherheitszaun, Innerer Sicherheitszaun, Einfriedungszaun, Ordnungszaun, Videosensoranlage, Umbau der Torwache 2).</p> <p>3. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Versorgungszentrums mit zentraler Funktion für die Versorgung benachbarter Justizvollzugsanstalten.</p> <p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen sind.</p> <p>Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>
-	-	16,4	-	<p>Durch den Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit ca. 74 Haftplätzen in der Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn soll Ersatz geschaffen werden, nachdem die Straf- und Untersuchungshaftplätze in der Justizvollzugsanstalt Erding umgewidmet und für die Abschiebungshaft zur Verfügung gestellt werden mussten. Die vorgesehene Baufläche befindet sich im umwehrten Bereich der Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn. Aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und der baulichen Gegebenheiten ist dort eine zügige und wirtschaftliche Realisierung im laufenden Anstaltsbetrieb möglich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	
<b>04 05</b>					
714 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	A B C	1.500,0 2.846,7 1.051,5
<u>714 02-6</u>	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Umwehrungsmauer, Fahrzeugschleuse, Videoüberwachungsanlage) sowie Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - Planung -	100,0	A	
715 21-2	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Neubau eines Unterkunftsgebäudes und einer Abteilung für den offenen Vollzug	---	A B C	--- 33,6 42,0
715 30-1	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Erneuerung der zentralen Energieversorgung sowie der Anstaltsküche - Planung -	---	A	100,0
718 11-1	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Arbeitstherapie), Instandsetzung	---	A B C	--- 20,7 17,4
718 22-8	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen	1.100,0	A B C	1.000,0 1.492,5 2.922,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
16.11.1999 28.10.2016	33.145,0	17.427,5	10.717,5	<p>In der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech sind umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen notwendig, die sich wie folgt darstellen:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Einbau von elektrotechnischen Sicherheitsanlagen (Kommunikations-, Hausalarm-, Elektroakustik-, Brandmelde-, Rauchmelde-, Wächterkontroll-, Wächtersicherungsanlage) und dringende bauliche Brandschutzmaßnahmen.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Stromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen (Sicherung der Rettungswege, bauliche Trennung und Unterteilung der Gebäude in Brandabschnitte), Sicherheitsmaßnahmen (Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns), Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Umstellung auf das Trennsystem.</p> <p>Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt.</p> <p>Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p>
-	-	-	-	<p>Zur Verbesserung der Sicherheit muss in der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech die vorhandene Umwehrungsmauer saniert und der Geländeumgriff mit einer neuen Umwehrungsmauer erweitert sowie eine Fahrzeugschleuse errichtet werden. Die Unterkunftsgebäude sind mit einer neuen Videosensoranlage abzusichern. Die Bereiche Krankenabteilung, Schulgebäude, Torwache, Verwaltung, Anstaltskirche, Wirtschaftsgebäude und das Dach des Gefangenen-Speisesaals müssen saniert sowie die notwendigen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.</p>
08.10.2009 11.02.2014	11.710,0	11.544,2	-	<p>Die Baumaßnahme im Bereich der Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau umfasst die Errichtung von Arbeitsbetriebsräumen, einer Abteilung für den offenen Vollzug (5 Plätze), eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter (16 Haftplätze) sowie einer Wohngruppe (20 Haftplätze), die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage und des Entwässerungssystems. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 19.03.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p> <p>Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 11.710,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>
-	-	-	-	<p>Für die Neuausrichtung der Energieversorgung in Richtung erneuerbare Energien sowie zur Ermittlung des Sanierungsbedarfs der Anstaltsgebäude soll zunächst ein Liegenschaftsentwicklungskonzept erstellt werden. Im Anschluss daran soll eine moderne, klimaschonende, zentrale Energieversorgung für die Gesamtliegenschaft errichtet werden. Nach über 30-jährigem Vollbetrieb ist die Anstaltsküche der Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau baulich weitgehend verbraucht und entspricht nur noch bedingt den Anforderungen der Lebensmittelhygiene, den arbeitsmedizinischen Vorschriften und den technischen Regeln für den Arbeitsschutz. Eine Erneuerung des Küchengebäudes ist dringend notwendig. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>
25.02.2008	4.900,0	4.761,4	-	<p>Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 4.900,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>
17.10.2016 15.07.2020	8.360,0	4.888,7	871,3	<p>In der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth werden die Küche saniert und das Dach des Arbeitsbetriebsgebäudes instandgesetzt. Ferner werden Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 22.09.2020 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.</p>

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>04 05</b>					
719 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg a. d. Donau Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - Planung -	---	A	---
720 13-5	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen	100,0	A C	100,0 8,6
720 14-4	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbaumaßnahmen zur Unterbringung einer Sozialtherapeutischen Abteilung <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	A B C	500,0 392,0 304,5
720 15-3	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Psychiatrische Abteilung, Mehrzweckhalle, Anstaltskirche, Wirtschaftsgebäude) - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	A B C	1.000,0 104,7 64,2
720 51-8	056	Bayerische Justizvollzugsakademie Straubing Erweiterung und Sanierung - Planung -	100,0	A C	200,0 4,2
721 10-7	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Neubau einer Justizvollzugsanstalt	---	A B C	--- 4,1 0,7

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Die durchgeführte RÜV-Begehung der Justizvollzugsanstalt Neuburg a. d. Donau hat ergeben, dass die Dachstühle des Verwaltungsgebäudes, des Arbeits- und Lagergebäudes und des Zellentrakts erhebliche statische Mängel aufweisen. Eine zeitnahe Instandsetzung ist unabweisbar. Gleichzeitig müssen die notwendigen baulichen Brandschutzmaßnahmen sowie weitere Sanierungen in den Anstaltsgebäuden durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
26.05.2003 31.03.2016	31.773,5	31.390,9	-	- Die Baumaßnahme im Bereich der Justizvollzugsanstalt Straubing besteht aus den Teilbaumaßnahmen: 1. Brandschutz, Kanalsanierung, Ersatzstromanlagen. 2. Neubau einer Einrichtung für Sicherungsverwahrung. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 13.07.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
22.10.2015	2.500,0	961,8	738,2	In der Justizvollzugsanstalt Straubing wird eine Sozialtherapeutische Abteilung mit 33 Haftplätzen errichtet. Diese Abteilung wird in den durch den 2013 fertig gestellten Neubau der Einrichtung für Sicherungsverwahrung frei gewordenen Räumen der ehemaligen Sicherungsverwahrung im Haus 2 untergebracht. Hierfür sind Umbau-, Modernisierungs- und Anpassungsmaßnahmen zur Unterbringung von Haft-, Therapie-, Gruppen- und Diensträumen im Umfang von ca. 1.000 m² erforderlich. Die Gesamtkosten wurden am 03.12.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.
30.07.2018	5.020,0	187,5	1.732,5	Eine RÜV-Begehung hat ergeben, dass das Dachtragwerk der Mehrzweckhalle erhebliche statische Mängel aufweist und vordringlich erneuert werden muss. Die Gesamtkosten dieser 1. Teilbaumaßnahme wurden am 20.09.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme durchgeführt. Das aus dem Jahre 1917 stammende Haus 3 der Justizvollzugsanstalt Straubing dient der Unterbringung und Behandlung von psychisch auffälligen Gefangenen. Nach über 100-jährigem vollzuglichem Betrieb stehen dringende bauliche Sanierungs- und vollzugsbedingte Modernisierungsmaßnahmen an. Das bisherige Wirtschaftsgebäude soll nunmehr einer anderen vollzuglichen Nutzung zugeführt werden. Unter anderem müssen für die aus Brandschutzgründen unzureichend untergebrachte Bekleidungskammer, neue geeignete Räume geschaffen werden. Das Dach der Anstaltskirche ist aus statischen Gründen sanierungsbedürftig. Die Gesamtkosten der weiteren Teilbaumaßnahmen werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planungen ermittelt.
-	-	13,0	-	- Die baulichen Anlagen der Bayerischen Justizvollzugsakademie in Straubing sind dringend sanierungsbedürftig. Wegen der hohen Auslastung müssen zusätzliche Unterkunfts- und Unterrichtsräume, ein neuer Versorgungsbereich, ein größeres Verwaltungsgebäude sowie eine Sporthalle mit vollzuglichen Trainingsräumen geschaffen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung für den im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme durchzuführenden Neubau eines Unterkunftsgebäudes durchgeführt.
10.04.2000 07.09.2006	72.400,0	69.103,4	-	- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 69.200,0 Tsd. € abgeschlossen.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021	A	Soll 2020
			Tsd. € <th>B</th> <th>Ist 2019</th>	B	Ist 2019
				C	Ist 2018
1	2	3	4	Tsd. €	
				5	
<b>04 05</b>					
722 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Passau Neubau einer Justizvollzugsanstalt <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen.</i> <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2019 i.H.v. 150.000,0 Tsd. € gilt abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2020 ff. in jeweils verbliebender Höhe fort.</i> Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 24.700,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	10.000,0	A B C	10.000,0 3.761,7 2.358,5
725 11-2	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung -	4.000,0	A B C	3.000,0 3.559,2 345,5
725 23-8	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Neubau eines Versorgungszentrums und einer Sporthalle sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	3.300,0	A B C	3.000,0 5.988,5 4.338,4
<u>726 10-2</u>	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Brandschutzmaßnahmen sowie Sanierung der Gebäude- und Sicherheitstechnik - Planung -	100,0	A	
726 21-9	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Neubau eines Versorgungszentrums	---	A B C	--- 211,7 1.016,7



Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
01.08.2018 10.09.2019	184.384,7	6.201,7	152.716,2	Für den Bereich der Straf- und Abschiebungshaft müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Herausforderungen der Migrationskriminalität im südostbayerischen Raum wirksam zu begegnen. Ferner bedingt ein konsequenter Vollzug des Asyl- und Ausländerrechts einen vierten Standort zum Vollzug der Abschiebungshaft. Es ist deshalb unabweisbar, mit zeitlich höchster Priorität, an dem günstig gelegenen Standort in Passau eine neue Justizvollzugsanstalt mit 450 Haftplätzen in Kombination mit einer baulich separaten Einrichtung für Abschiebungshaft mit bis zu 200 Haftplätzen nach modernsten Gesichtspunkten zu errichten. Das Baugrundstück befindet sich seit längerem mit entsprechendem Baurecht im Staatseigentum. Im Rahmen einer 1. Teilbaumaßnahme sollen bauvorbereitende Maßnahmen vorweg durchgeführt werden. Die Gesamtkosten der 1. Teilbaumaßnahme wurden am 19.09.2018 und die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme wurden am 24.10.2019 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme begonnen.
07.10.2016	20.500,0	4.725,8	3.774,2	Die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung wie folgt erweitert, modernisiert, umgebaut und saniert werden: 1. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Umwehrungsmauer, Innerer Sicherheitszaun, Videoüberwachungsanlagen, Torwache mit Sicherheitszentrale, Fahrzeugschleuse, Funktionsgebäude). 2. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit Sozialtherapeutischer Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 32 Haftplätzen. Die Gesamtkosten der 1. Teilbaumaßnahme wurden am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme fortgeführt. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planungen ermittelt.
29.05.2015 15.07.2020	33.550,0	18.682,0	-	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Kaisheim sind sowohl in der Bausubstanz, als auch technisch völlig verbraucht sowie nach Erhöhung der Haftplatzkapazitäten auch nicht mehr ausreichend dimensioniert. Da eine Erweiterung und Sanierung am bisherigen Standort nicht möglich ist, muss dringend ein neues Versorgungszentrum (Küche, Metzgerei, Kantine für Bedienstete) errichtet und mit einem unterirdischen Verbindungsgang an die Unterkunftsgebäude angeschlossen werden. Aus vollzuglichen Gründen ist die Errichtung einer Sporthalle notwendig. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 22.09.2020 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
-	-	-	-	- Auf der Grundlage des aktuellen Brandschutzkonzepts müssen in der Justizvollzugsanstalt Aichach die geforderten, notwendigen baulichen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Ebenso sind die verbrauchten Anlagen in den Bereichen Gebäude- und Sicherheitstechnik zu erneuern und die begleitenden baulichen Sanierungsmaßnahmen auszuführen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.
19.05.2010 21.05.2015	21.000,0	20.644,1	-	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Aichach (Küche, Wäscherei, Bäckerei, Kantine für Bedienstete) sind baulich sowie ausstattungsmäßig völlig verbraucht und werden durch den Neubau eines Versorgungszentrums ersetzt. Die neuen Gesamtkosten wurden zuletzt am 15.07.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 21.000,0 Tsd. € abgeschlossen.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021	A	Soll 2020
			Tsd. €	B	Ist 2019
				C	Ist 2018
					Tsd. €
1	2	3	4	5	
<b>04 05</b>					
726 53-0	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Umbau und Sanierung des Wirtschaftsgebäudes - Planung -	---	A	200,0
727 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Memmingen Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	---	A	---
				B	42,4
				C	348,5
728 10-0	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Justizvollzugsanstalt	---	A	---
				B	378,1
				C	97,1
728 11-9	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Jugendarrestanstalt und einer Abteilung des offenen Vollzugs - Planung -	---	A	---
730 08-0	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung, Besuch und Torwache sowie einer Fahrzeugschleuse - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.400,0	A	500,0
				B	679,5
				C	216,7
730 10-6	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau einer Jugendarrestanstalt - Planung -	***	A	---
730 11-5	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung und Neuordnung der Versorgungsbetriebe - z. T. Planung -	***	A	---
730 12-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung der Untersuchungshaftanstalt - z. T. Planung -	100,0	A	1.000,0
				B	16,1
				C	346,5
730 20-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen - Planung -	---	A	100,0
				B	11,2
				C	9,1

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Das bisherige Wirtschaftsgebäude in der Justizvollzugsanstalt Aichach kann nunmehr einer anderen vollzuglichen Nutzung zugeführt werden. Nach den vorgesehenen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen werden ca. 50 zusätzliche Haftplätze zur Verfügung stehen. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
26.05.1993 31.01.2014	16.290,0	14.176,5	-	- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 14.200,0 Tsd. € abgeschlossen.
19.10.1998 11.04.2014	104.740,0	102.814,4	-	- Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg in Gablingen mit einer Belegungsfähigkeit von 609 Haftplätzen. Die neuen Gesamtkosten wurden zuletzt am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 103.000,0 Tsd. € abgeschlossen.
-	-	-	-	- In unmittelbarer räumlicher Nähe zu der neu gebauten Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen (siehe 04 05/728 10) soll eine neue Jugendarrestanstalt (ca. 45 Arrestplätze) und eine Abteilung des offenen Vollzugs (ca. 34 Haftplätze) gebaut werden. Das Baugrundstück befindet sich im Staatseigentum. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	904,7	-	- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung ein neues Gebäude mit den Funktionen Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Besuch, sowie eine Torwache mit Fahrzeugschleuse errichtet werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Projektfreigabe am 01.07.2020 erteilt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Projektplanung erstellt und mit dem Bau begonnen werden.
-	-	-	-	- Das Bauvorhaben wird bis auf weiteres zurückgestellt.
19.12.1994 13.02.2002	4.695,5	4.695,5	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung einer provisorischen Küche im Arbeitsbetrieb für die Dauer der Instandsetzungsarbeiten am Versorgungszentrum) und die 2. Teilbaumaßnahme (Umbau und Instandsetzung des Versorgungszentrums - Küche - sowie von Teilbereichen des Entwässerungskanal), die beide mit Gesamtkosten von rd. 4.695,5 Tsd. € abgeschlossen worden sind. Als 3. Teilbaumaßnahme waren der Neubau einer Wäscherei und der Einbau eines Bäckereibetriebs im bisherigen Wäschereigebäude beabsichtigt. Dieses Bauvorhaben wird bis auf weiteres zurückgestellt.
26.05.1998 22.05.2017	31.290,0	15.363,9	14.826,1	Die Untersuchungshaftanstalt (Erweiterungsbau und Altbau) der Justizvollzugsanstalt Nürnberg muss dringend umfassend instandgesetzt werden (Hafttraumfenster und -türen, Brandschutzmaßnahmen, Sicherheitszaun, Sanitär- und Elektroinstallation, Lüftungsanlage, Kommunikationsanlage, Fassaden). Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 4. Teilbaumaßnahme. Die Gesamtkosten sind zuletzt am 05.07.2017 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt worden. Die Teilbaumaßnahmen 1 - 3 sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 4. Teilbaumaßnahme durchgeführt.
-	-	20,3	-	- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg müssen dringende Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und der vollzuglichen Sicherheit durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>04 05</b>					
735 10-1	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 1.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	A B C	500,0 168,7 426,4
735 20-9	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung sowie Instandsetzung der Abwasserkanäle - Planung -	100,0	A B C	100,0 16,5 6,0
736 30-6	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau einer Einrichtung für Abschiebungshaft	17.500,0	A B C	10.000,0 8.018,6 903,2
736 51-0	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau eines Verwaltungsgebäudes - Planung -	---	A	100,0
<u>737 01-0</u>	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Maßnahmen zur Sicherstellung der Betriebssicherheit - Planung -	400,0	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
30.04.2009 21.03.2014	21.140,0	11.831,6	7.558,4	<p>In der Justizvollzugsanstalt Ebrach sollen auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung in Abschnitten die dringend notwendigen Umbau-, Neubau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Teilbaumaßnahme: Umbau des Gebäudes "Alte Mühle" zur Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug mit 25 Haftplätzen und 5 Plätzen für die nachsorgende Betreuung (sog. "Notanker").</li> <li>2. Teilbaumaßnahme: Kanalsanierung und Erneuerung des Sportplatzes.</li> <li>3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung der Dächer und Sanierung des Kaisersaals.</li> <li>4. Teilbaumaßnahme: Umbau und Sanierung des Unterkunftsgebäudes I, Abbruch der Unterkunftsgebäude II und III mit Ersatzneubau, Verlegung der Torwache und des Besuchsbereichs.</li> </ol> <p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 3. Teilbaumaßnahme fortgeführt und die 4. Teilbaumaßnahme geplant. Die Kosten der 4. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>
-	-	22,4	-	<p>Die gesamte Trink- und Löschwasserversorgung der Justizvollzugsanstalt Ebrach ist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorgaben der Trinkwasserverordnung zu erneuern. Gleichzeitig müssen die defekten Abwasserkanäle instandgesetzt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.</p>
20.06.2018 01.07.2019	78.500,0	8.921,8	8.778,2	<p>Abschiebungshaft wird in Bayern in Amtshilfe für das zuständige Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in den Justizvollzugsanstalten Eichstätt und Erding vollzogen, die zu Einrichtungen für Abschiebungshaft umgewidmet wurden. Nachdem Asylverfahren weiter beschleunigt und die Anzahl der Rückführungen weiter erhöht werden sollen, werden in der Folge die Abschiebungshaftzahlen noch weiter ansteigen. Bereits jetzt können die vorhandenen Kapazitäten den Bedarf nicht jederzeit abdecken. Zur konsequenten Durchsetzung des geltenden Ausländerrechts ist aber die Möglichkeit, Abschiebungshaft vollziehen zu können, unabdingbar. Deshalb soll eine weitere Einrichtung mit 150 Abschiebungshaftplätzen geschaffen werden. In Hof ist direkt neben der Justizvollzugsanstalt ein geeignetes, bebaubares Grundstück verfügbar, welches sich im Staatseigentum befindet. Im Rahmen einer 1. Teilbaumaßnahme werden bauvorbereitende Maßnahmen vorweg durchgeführt. Die Gesamtkosten dieser 1. Teilbaumaßnahme wurden am 04.07.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme wurden am 09.07.2019 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.</p>
-	-	-	-	<p>Die Justizvollzugsanstalt Hof ist seit 1. Januar 2019 eine selbständige Behörde. Für die Unterbringung einer eigenen Verwaltungsstruktur müssen die notwendigen Verwaltungsräume in einem zu errichtenden Neubau geschaffen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>
-	-	-	-	<p>Die Justizvollzugsanstalt Bamberg ist in einer baulichen Anlage untergebracht, welche ursprünglich wohl aus dem Jahre 1754 stammt. Die Bausubstanz sowie die Gebäude- und Sicherheitstechnik sind veraltet und verbraucht. Der bauliche Brandschutz genügt nicht mehr den Anforderungen. Ein sicherer vollzoglicher Betrieb ist kaum noch möglich. Nachdem sich der Neubau (siehe Kap. 04 05 Tit. 737 55) wegen des bisher ungesicherten Grunderwerbs nicht in der vorgesehenen Geschwindigkeit realisieren lässt, muss der Altbestand soweit ertüchtigt werden, dass ein zuverlässiger vollzoglicher Betrieb bis zur Inbetriebnahme des Neubaus möglich ist. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt und unverzüglich mit den dringendsten Maßnahmen begonnen.</p>

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021 Tsd. €	A B C	Soll 2020 Ist 2019 Ist 2018 Tsd. €
1	2	3	4		5
<b>04 05</b>					
737 55-5	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Neubau einer Justizvollzugsanstalt - Planung -	---	A	100,0
738 01-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Umbau, Instandsetzung, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	---	A B C	1.000,0 624,9 851,0
738 21-5	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau einer Sozialtherapeutischen Abteilung und einer Sporthalle - Planung -	---	A	---
738 25-1	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau eines Versorgungszentrums - Planung -	100,0	A	100,0
738 53-6	056	Justizvollzugsanstalt Marktredwitz Neubau einer Justizvollzugsanstalt - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	A C	1.000,0 11,0
740 02-4	056	Justizvollzugsanstalt Würzburg Ersatzneubau der Anstaltsküche - Planung -	100,0	A	100,0
745 06-5	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	***	A C	--- 58,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	15,4	-	- Die alte Justizvollzugsanstalt befindet sich im Stadtkern von Bamberg und hat keine Umwehrung. Die baulichen Voraussetzungen und die schlechte Gebäudesubstanz sind für einen sicheren und modernen Justizvollzug nur noch bedingt geeignet. Es ist deshalb unabweisbar, an einem günstigeren Standort eine neue Justizvollzugsanstalt nach modernsten Gesichtspunkten zu bauen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
01.02.2007 15.02.2015	14.300,0	12.018,7	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme mit dem Umbau und der Sanierung der Häuser G und H sowie der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen (Anstalt II) und die 2. Teilbaumaßnahme mit der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen in der Anstalt I und der Außenstelle St. Johannis der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth. Im Rahmen der 3. Teilbaumaßnahme soll eine Personen-Notsignal-Anlage und eine BOS-Objektfunkanlage für den gesamten Anstaltsbereich errichtet werden. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 06.04.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Entsprechend dem Konzept für den Ausbau der Sozialtherapie soll in der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth eine Sozialtherapeutische Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen und eine aus vollzuglichen Gründen dringend notwendige Sporthalle errichtet werden. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Bei den Versorgungsbetrieben in der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth ist der bauliche und technische Bestand veraltet, verbraucht und entspricht nicht mehr den Anforderungen. Da eine Sanierung nicht wirtschaftlich ist, muss ein Neubau errichtet werden. Zur Erzielung von Synergieeffekten sollen diese Versorgungsbetriebe die neue Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz, die Einrichtung für Abschiebungshaft in Hof, die Justizvollzugsanstalt Hof und sukzessive weitere Justizvollzugsanstalten in der Region mit Verpflegung und Waschleistungen mitversorgen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt.
20.07.2018	2.500,0	31,2	1.500,0	Im Rahmen des Konzepts der Heimatstrategie "Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerungen 2015" wird in der Stadt Marktredwitz (Landkreis Wunsiedel) eine neue Justizvollzugsanstalt gebaut. Sie soll eine Belegungsfähigkeit von 364 Haftplätzen haben, die sich wie folgt zusammensetzt: 120 Haftplätze für weibliche Gefangene einschließlich einer Mutter-Kind-Abteilung mit 10 Haftplätzen, 220 Haftplätze für männliche Gefangene und 24 Haftplätze in einer geriatrischen Abteilung. Im Rahmen einer 1. Teilbaumaßnahme werden bauvorbereitende Maßnahmen vorweg durchgeführt. Die Gesamtkosten dieser 1. Teilbaumaßnahme wurden am 19.09.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 1. Teilbaumaßnahme ausgeführt und die Planung der 2. Teilbaumaßnahme begonnen. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Die Anstaltsküche in der Justizvollzugsanstalt Würzburg ist in ihrem baulichen Bestand dringend sanierungsbedürftig. Da eine Sanierung am bisherigen Standort unwirtschaftlich ist, soll ein Ersatzneubau an anderer Stelle errichtet werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt.
26.10.2007 13.10.2009	18.200,0	16.986,6	-	- Die Baumaßnahme wurde mit Gesamtkosten von 16.986,6 Tsd. € abgeschlossen.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2021	A	Soll 2020
			Tsd. €	B	Ist 2019
				C	Ist 2018
					Tsd. €
1	2	3	4	5	
<b>04 05</b>					
745 21-6	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des baulichen Brandschutzes <i>Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	A B C	2.000,0 190,0 155,3
745 23-4	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterungs- und Instandsetzungsmaßnahmen (Arbeitsbetriebe) - Planung -	---	A	---
745 31-4	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Bauliche Brandschutzmaßnahmen und Sanierung - Planung -	100,0	A	100,0
746 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Regensburg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	900,0	A B C	1.000,0 2.720,8 1.405,6
		<b>Summe Kapitel 04 05</b>	52.800,0	A B C	41.500,0 34.274,2 21.962,5
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 56.500,0			
		<b>Summe Epl. 04</b>	126.000,0	A B C	78.500,0 84.004,7 52.306,4
		Verpflichtungsermächtigung 2021 Tsd. € 83.500,0			



Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2019 verausgabt Tsd. €	ab 2022 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
15.05.2018	8.900,0	353,0	5.047,0	In der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen zur Verbesserung der Sicherheit die Torwache umgebaut und saniert sowie ein neuer Beobachtungsturm errichtet werden. Im Zuge des Einbaus der Personen-Notsignal-Anlage werden begleitend bauliche Brandschutzmaßnahmen durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden am 04.07.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen die Arbeitsbetriebe grundlegend neu strukturiert werden. Insbesondere die bisher für die landwirtschaftlichen Betriebe genutzten Einrichtungen sind zu beseitigen, um die erforderlichen Neubauten zur Modernisierung der Arbeitsbetriebe zu ermöglichen. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Amberg ist eine Verbesserung des baulichen Brandschutzes unbedingt erforderlich. Begleitend dazu müssen die notwendigen Sanierungen am Gebäudebestand durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt.
08.09.2009 11.05.2018	38.690,0	32.519,1		- Die Justizvollzugsanstalt Regensburg wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung saniert, umgebaut, erweitert und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Betriebsgebäudes (Arbeits- und Versorgungsbetriebe), Errichtung des Westflügels (Besuchsbereich, Transportabteilung, Aufnahme und Entlassung, Hafträume, Verwaltung), Neubau der Torwache mit Fahrzeugschleuse, Sanierung des Südbaus und Erstellung der Außenanlagen. 2. Teilbaumaßnahme: Errichtung des Ostflügels (Unterkunftsgebäude), Sanierung des Mittel- und des Nordbaus sowie Erstellung der Außenanlagen. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 04.07.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 1. Teilbaumaßnahme ausgeführt und mit den Planungen der 2. Teilbaumaßnahme begonnen.



# **Stellenplan**

für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

**- Einzelplan 04 -**

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>			
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B9	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B6	7	8
	Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	B4	1	1
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B3	6	5
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		15,10	15,10
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	17	21
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	12,88	15
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	19,71	13,59
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13+AZ	-	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	17,80	22,25
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	6,45	6
	Regierungsamtswörter, Regierungsamtswörterinnen	A11	4,51	4,51
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A10	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	13	13
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	10	10
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	A8	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		1	2
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A7	1	1
	Regierungsoberssekretär, Regierungsoberssekretärin		1	-
	Verwaltungsbetriebsoberssekretäre, Verwaltungsbetriebsoberssekretärinnen		2	2
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	A6+AZ	3	3
	Zusammen		144,45	149,45
	Zugang/Abgang			+5
	<b>Leerstellen</b>			
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B6	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B3	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	4	4
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	6	6
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	5	7
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1
	Regierungsamtswörter, Regierungsamtswörterinnen	A11	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A7	5	5
	Zusammen		37	39
	Zugang/Abgang			+2
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte (Richter)</b>			
		R9- R1,A16- A3	10	10
		A16+AZ -A3	4	4
	Zusammen		14	14

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>		
<b>Umsetzung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+5	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr A13
Summe Umsetzung	+5	
<b>kostenneutrale Hebung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
B6 Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr B3
B3 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr B6
Summe kostenneutrale Hebung	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)</b>		
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2019)</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regiergungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+4 -4	kostenwirksame Hebung von BesGr A14 kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+0,45	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-0,45	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 13
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 14
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 12
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 13
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 11
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 12
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 11
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 10

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	-	<b>1</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 14	E14	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E13	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12	E12	-	<b>1</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	<b>2</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	12	<b>12</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	14	<b>14,50</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	6,80	<b>7,50</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	5,20	<b>2</b>
	Zusammen		40	<b>40</b>
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		3,34	<b>3,34</b>
	Zusammen		3,34	<b>3,34</b>
	<b>Gesamtübersicht</b>			
422 01	Planmäßige Beamte		144,45	<b>149,45</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		40	<b>40</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		184,45	<b>189,45</b>
	Ferner:			
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3,34	<b>3,34</b>
	<b>Personalsoll B</b>		3,34	<b>3,34</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		187,79	<b>192,79</b>

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,20	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,20	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2019)	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2020)</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+2,12	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-2,12	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen +AZ	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13+AZ
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E15 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 14
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 15
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 11
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 12
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 11
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2020)	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+5	

**04 01**  
**Ministerium**

**Erläuterungen**

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
<b>LEERSTELLEN</b>		
<b>neu</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2	neu
Summe neu	+2	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+2	





## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl																												
			2020	2021																											
1	2	3	4	5																											
	<p><i>Folgende (Plan-) Stellen sowie die entsprechenden Personalmittel erhalten den Vermerk „kw gemäß Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2021“:</i></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kapitel</th> <th>Titel</th> <th>BesGr/EGr</th> <th>Stellenzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td rowspan="6">04 04</td> <td rowspan="6">422 01</td> <td>A10</td> <td>7,00</td> </tr> <tr> <td>A9+AZ</td> <td>3,00</td> </tr> <tr> <td>A8</td> <td>7,00</td> </tr> <tr> <td>A7</td> <td>2,00</td> </tr> <tr> <td>A6</td> <td>54,00</td> </tr> <tr> <td>428 11</td> <td>-</td> <td>35,00</td> </tr> <tr> <td>04 05</td> <td>422 01</td> <td>A7</td> <td>40,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td><i>Summe</i></td> <td></td> <td><i>148,00</i></td> </tr> </tbody> </table>				Kapitel	Titel	BesGr/EGr	Stellenzahl	04 04	422 01	A10	7,00	A9+AZ	3,00	A8	7,00	A7	2,00	A6	54,00	428 11	-	35,00	04 05	422 01	A7	40,00		<i>Summe</i>		<i>148,00</i>
Kapitel	Titel	BesGr/EGr	Stellenzahl																												
04 04	422 01	A10	7,00																												
		A9+AZ	3,00																												
		A8	7,00																												
		A7	2,00																												
		A6	54,00																												
		428 11	-	35,00																											
04 05	422 01	A7	40,00																												
	<i>Summe</i>		<i>148,00</i>																												
<b>422 01</b>	<b>Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten</b>																														
	<b>Ersatzstellen für Altersteilzeit</b>																														
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	R3	-	<b>1</b>																											
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		-	<b>2</b>																											
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	-	<b>1</b>																											
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R2	3	<b>2</b>																											
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		3	<b>2,40</b>																											
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		4	<b>5</b>																											
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	8,75	<b>8,55</b>																											
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		2	-																											
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	-	<b>1,75</b>																											
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	A9	3,40	<b>3,20</b>																											
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin		1	<b>1</b>																											
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		4,40	<b>4,59</b>																											
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	1,40	<b>7,40</b>																											
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	3,86	<b>0,95</b>																											
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	2	<b>4</b>																											
	Zusammen		36,81	<b>44,84</b>																											
	Zugang/Abgang			<b>+8,03</b>																											
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten) (Ersatzstellen für Altersteilzeit):</b>																														
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.																														
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 HG.																														

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021		
1	2	3	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)</b>			
R3	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	+1	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+2	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R2 +AZ	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+1	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R2	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+1	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A13	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1,75	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+0,19	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A8	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	+6	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A4	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	+2	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Summe neu	+14,94	
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)</b>			
R2	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen	-0,60	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R1	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-0,20	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	-2	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	-0,20	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A6	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-2,91	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Summe Einsparung	-6,91	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>		+8,03	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)</b>			
	<b>Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit</b>			
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft	R2	0,25	<b>0,25</b>
	Staatsanwalt, Staatsanwältin als Gruppenleiter oder Gruppenleiterin bei der Staatsanwaltschaft	R1+AZ	0,25	<b>0,25</b>
	Richter, Richterin am Amts- oder Landgericht	R1	0,50	<b>0,37</b>
	Rechtspflegeoberinspektor, Rechtspflegeoberinspektorin	A10	0,25	<b>0,25</b>
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherin	A9	0,25	<b>0,25</b>
	Justizhauptsekretär, Justizhauptsekretärin	A8	0,75	<b>0,37</b>
	Justizobersekretär, Justizobersekretärin	A7	-	<b>0,25</b>
	Zusammen		2,25	<b>1,99</b>
	Zugang/Abgang			<b>-0,26</b>
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):</b>			
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.			
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 HG.			
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)</b>			
	<b>Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle</b>			
	Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landgericht	R2	0,40	-
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	2,30	<b>3</b>
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	-	<b>1</b>
	Justizsekretär, Justizsekretärin	A6	1	-
	Justizsicherheitssekretär, Justizsicherheitssekretärin		1	-
	Zusammen		4,70	<b>4</b>
	Zugang/Abgang			<b>-0,70</b>
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte) (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle):</b>			
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.			
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.			
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>			
	<b>Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	0,50	<b>2,37</b>
	Zusammen		1,50	<b>2,37</b>
	Zugang/Abgang			<b>+0,87</b>
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle):</b>			
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.			
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.			

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
<b>ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT</b>		
<b>neu</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	+0,25	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+0,25	
<b>Einsparung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-0,13	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-0,38	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-0,51	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	<b>-0,26</b>	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR ARBEITSZEITMODELLE</b>		
<b>neu</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+0,70	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	neu im Vollzug des Art. 6d HG
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,87	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+3,57	
<b>Einsparung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-0,40	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	-1 -1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

04 02

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
	<b>Gesamtübersicht</b>			
	Nachrichtlich:			
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		2,25	<b>1,99</b>
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		36,81	<b>44,84</b>
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		6,20	<b>6,37</b>

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b> E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Summe Einsparung	-1 -3,40	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+0,17	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Gerichte und Staatsanwaltschaften können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Gerichte abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZulV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>			
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)</b>			
	Präsident, Präsidentin des Oberlandesgerichts an einem Gericht mit 800 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R9	1	1
	Präsident, Präsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts	R8	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit bis zu 799 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk		2	2
	Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R7+AZ	1	1
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit bis zu 299 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R6	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1
	Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt		1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	R5	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		5	5
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9		1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts	R4+AZ	1	1
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Generalstaatsanwalts oder einer Generalstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 7	R4	1	1



Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>		
<b>neu</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+5	neu (Stärkung der Gerichte und Staatsanwaltschaften)
A13 Technische Räte, Technische Rätinnen	+15	neu (Stärkung der Gerichte und Staatsanwaltschaften)
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+3	neu (Stärkung der Gerichte und Staatsanwaltschaften)
A9 Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	+17	neu (Stärkung der Gerichte und Staatsanwaltschaften)
Summe neu	+40	
<b>Umsetzung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
A13 Technische Räte, Technische Rätinnen	-5	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A13
A11 Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	-1	Umsetzung nach 06 14
	-1	Umsetzung nach 06 14
A10 Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	+1	Umsetzung von 06 14
	+1	Umsetzung von 06 14
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-0,03	Umsetzung und Umwandlung nach 06 21 / 422 01 BesGr A10 (Formularserverassistenten)
Summe Umsetzung	-5,03	
<b>Umwandlung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-0,50	Umwandlung nach BesGr R1 (StA)
	+0,50	Umwandlung von BesGr R1 (RiAG/LG)
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	+1	Umwandlung und Hebung von 428 01 EGr 6
A4 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	+1	Umwandlung von 428 01 EGr 4
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	Umwandlung und Hebung nach 422 01 BesGr A8
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A4
Summe Umwandlung	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
noch 422 01	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		8	10
	Präsidenten, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		9	10
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 8		2	2
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht		11	11
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Generalstaatsanwälten oder Generalstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 6	R3+AZ	-	2
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 6		1	1
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts als Leiter oder Leiterin eines Gerichts mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern	R3	1	1
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen		9	10
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		13	11
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		12	10
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		4	4
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		6	5
	Richter, Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht		28	28
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Amtsgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		7	7

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
<b>kostenneutrale Hebung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R3 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende +AZ Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Generalstaatsanwälten oder Generalstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 6	+2	kostenneutrale Hebung von BesGr R3
R3 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	-2	kostenneutrale Hebung nach BesGr R3+AZ
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr R 2
R2 Oberstaatsanwälte, +AZ Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften und als Leiter oder Leiterinnen bei staatsanwaltschaftlichen Zweigstellen mit neun und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr R2
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr R2
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr R2+AZ
Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr R2+AZ
Summe kostenneutrale Hebung	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr R 3
<b>kostenwirksame Hebung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R4 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr R3

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
noch 422 01	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		70	<b>71</b>
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	55	<b>54</b>
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft und als Leiter oder Leiterin einer staatsanwaltschaftlichen Zweigstelle mit neun und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		-	<b>1</b>
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		20	<b>23</b>
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		2	<b>3</b>
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3		10	<b>11</b>
	Richter, Richterinnen am Amtsgericht als Leiter oder Leiterinnen von Hauptabteilungen an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		4	<b>4</b>
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		2	<b>2</b>
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		15	<b>15</b>
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		10	<b>16</b>
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R2	5	<b>5</b>
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		67	<b>70</b>
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		48	<b>45</b>
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten		203	<b>201</b>
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		55	<b>54</b>
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		78	<b>78</b>
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		271	<b>265</b>
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R1+AZ	5	<b>5</b>
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		181	<b>174</b>

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
R3 Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr R3
R3 Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr R2+AZ
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr R4
R2 Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr R4
+AZ Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr R3
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
R2 Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
R2 Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+35	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-35	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Summe kostenwirksame Hebung	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
noch 422 01	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	1.364,25	<b>1.369,75</b>
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		538	<b>540,50</b>
	Direktor, Direktorin des IT-Servicezentrums der bayerischen Justiz	B3	1	<b>1</b>
	Leitende Rechtspflegedirektoren, Leitende Rechtspflegedirektorinnen	A16	2	<b>3</b>
	Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	A15	36	<b>35</b>
	Technische Direktoren, Technische Direktorinnen		3	<b>3</b>
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>	A14	1	<b>1</b>
	Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen		32	<b>32</b>
	Sozialoberräte, Sozialoberrätinnen		2	<b>2</b>
	Technische Oberräte, Technische Oberrätinnen		14	<b>14</b>
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	A13+AZ	10	<b>10</b>
	Justizverwaltungsrat, Justizverwaltungsrätin	A13	1	<b>1</b>
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen		139	<b>150</b>
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>		5	<b>5</b>
	Sozialräte, Sozialrätinnen		28	<b>31</b>
	Technische Räte, Technische Rätinnen		19	<b>29</b>
	Justizverwaltungsamtsräte, Justizverwaltungsamtsrätinnen	A12	5	<b>5</b>
	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen		449,50	<b>443,50</b>
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		50	<b>50</b>
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen		4	<b>4</b>
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		9	<b>9</b>
	Justizverwaltungsamt Männer, Justizverwaltungsamt Frauen	A11	37	<b>37</b>
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen		772,75	<b>767,75</b>
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		107	<b>107</b>
	Steueramt Männer, Steueramt Frauen		2	<b>2</b>
	Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen		6	<b>6</b>
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	159	<b>161</b>
	Justizverwaltungsoberspektoren, Justizverwaltungsoberspektorinnen		21	<b>21</b>
	Rechtspflegeoberspektoren, Rechtspflegeoberspektorinnen		542,39	<b>542,39</b>
	Sozialoberspektoren, Sozialoberspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Bewährungshelfer der EGr S 15 in Anspruch genommen werden.</i>		111	<b>154</b>
	Technische Oberspektoren, Technische Oberspektorinnen		18,33	<b>18,33</b>
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	197	<b>202</b>
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		1	<b>5</b>
	Justizsicherheitsinspektoren, Justizsicherheitsinspektorinnen	A9	4	<b>4</b>
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen		514	<b>514</b>
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		304	<b>307</b>
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen		361,83	<b>378,83</b>
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		50	<b>7</b>
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		6	<b>5</b>
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	261	<b>257</b>
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		7	<b>9</b>
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		779,50	<b>774,50</b>
	Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen		72	<b>72</b>
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	667,43	<b>665,40</b>

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
<b>kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)</b>		
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15	kostenwirksame Hebung von EGr 10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-15	kostenwirksame Hebung nach EGr 11
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+19,85	kostenwirksame Hebung von EGr 3
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-19,85	kostenwirksame Hebung nach EGr 4
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2019)</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende +AZ Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr R1+AZ
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
A13 Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	+11	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
Sozialräte, Sozialrätinnen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-11	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Justizverwaltungsinspektoren, +AZ Justizverwaltungsinspektorinnen	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
noch 422 01	Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen		73	73
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		13	8
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	154	170
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		7	9
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	462,35	464,35
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		496	480
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		23	21
	Werkmeister, Werkmeisterinnen		3	3
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A5	3	3
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Justizhelfern der EGr 4 besetzt werden.</i>		179	179
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	95	96
	Zusammen		10.458,33	10.495,30
	Zugang/Abgang			+36,97
<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :</b>				
<b>1) Zu BesGr R 2 und R 1:</b>				
5 Stellen für Richter an Oberlandesgerichten				
2 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten				
6 Stellen für Richter an Amts- und Landgerichten kw nach Abschluss der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1.7.2023.				
6 Stellen für Staatsanwälte kw nach Abschluss der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1.7.2023.				
2) a) Die Stellen der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.				
b) Bis zu insgesamt 15 Stellen der BesGr A 8 bis A 16 und der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 01 in Anspruch genommen werden. Dabei dürfen die Stellen der BesGr R 1 mit Beamten der BesGr A 13 bis A 15, die Stellen der BesGr R 2 mit Beamten der BesGr A 16 und die Stellen der BesGr R 3 mit Beamten der BesGr B 3 besetzt werden.				
c) Die Stellen der BesGr R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
3) Die im Doppelhaushalt 2007/2008 abgesenkten und umgewandelten Stellen der Besoldungsordnung R des Bayerischen Obersten Landesgerichts dürfen mit ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten des Obersten Landesgericht besetzt werden, die weiterhin der Höhe nach ihre bisherigen Bezüge gemäß Art. 97 Abs. 2 Satz 3 GG bzw. § 33 DRiG oder eine Zulage gemäß Art. 108 Abs. 2 Satz 2 BayBesG erhalten.				
4) Sechs Stellen können für die Kap. 06 04 und 06 14 zum Zwecke des Stellentauschs in Anspruch genommen werden.				
5) Eine Stelle ist mit einer Zulage gemäß Art. 56 Abs. 1 BayBesG ausgestattet.				



## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A8 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A6 Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	+8	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6 Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	-8	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6+AZ
Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6+AZ
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2019)	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2020)</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende +AZ Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr R1+AZ
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
A16 Leitende Rechtspflegedirektoren, Leitende Rechtspflegedirektorinnen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
A13 Sozialräte, Sozialrätinnen	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A11

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
noch 422 01	<p><b>6) Zu Titel 422 01 und 428 01</b>  <i>Bis zu 120 freie und besetzbare Stellen für Arbeitnehmer und Beamte können unbefristet mit Arbeitnehmern besetzt werden, die zum jeweiligen Besetzungszeitpunkt seit mindestens drei Jahren befristet beschäftigt waren. Steht in diesen Fällen bei Rückkehr des ursprünglichen Stelleninhabers keine freie und besetzbare Stelle zur Verfügung, kann dieser bis eine solche vorhanden ist, auf der ausgebrachten Leerstelle verrechnet werden. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben sind an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben einzusparen.</i></p> <p><b>Leerstellen</b>  Vorsitzende Richter, Vorsitzender Richterinnen an Oberlandesgerichten, Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen  Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4  Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen  Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften  Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen  Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin  Räte, Rätinnen  Amtsräte, Amtsrätinnen  Amtmänner, Amtfrauen  Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen  Oberinspektoren, Oberinspektorinnen  Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen  Inspektoren, Inspektorinnen  Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen  Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen  Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen  Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen  Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen  Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen  Justizsekretäre, Justizsekretärinnen  Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen  Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen  Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen</p> <p style="text-align: right;">Zusammen Zugang/Abgang</p>			
		R3	1	2
		R2+AZ	1	1
		R2	17	17
		R1+AZ	28	28
		R1	311	311
		A13+AZ	1	1
		A13	3	3
		A12	9	9
		A11	112	112
		A10	2	2
			243	243
		A9+AZ	6	6
		A9	62	62
			38	38
			19	19
		A8	15	15
			142	142
		A7	539	539
		A6+AZ	5	10
		A6	477	477
			19	24
		A5	21	21
		A4	2	2
			2.073	2.084
				+11
<b>422 21</b>	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>			
	Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	A9	328	328
	Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	A6	288	288
	Zusammen		616	616

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
A11 Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Technische Inspektoren, Technische +AZ Inspektorinnen	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
A6 Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	+8	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6 Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	-8	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6+AZ
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,45	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,45	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2020)	-	
<b>Absenkung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-1	Absenkung nach BesGr R1 zur Finanzierung von Stellenhebungen
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-2	Absenkung nach BesGr R1 zur Finanzierung von Stellenhebungen

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
<b>422 26</b>	<b>Rechtsreferendare</b> Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen	A13	4.000	<b>4.000</b>
	Zusammen		4.000	<b>4.000</b>
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 26:</b> <i>Bei der im Stellenplan veranschlagten Stellenzahl handelt es sich um eine Durchschnittszahl (wegen der unterschiedlichen Einstellungszeiten / Prüfungszeiten). Die tatsächliche Zahl schwankt zwischen rd. 3.300 und 4.500.</i>			
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte (Richter)</b>	A16+AZ -A3	7	<b>7</b>
	Zusammen		7	<b>7</b>
<b>427 01</b>	<b>Nebenamtlich und -beruflich Tätige</b> Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		40	<b>40</b>
	Zusammen		40	<b>40</b>
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 <i>20 Stellen zweckgebunden für die Übernahme von langjährigen Aushilfskräften.</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E14 E13 E11 E10 E9 E8 E6 E5 E4 E3 E2	2 4 7 22 234,58 194,42 2.297,82 14,67 3,50 19,85 0,50	<b>2</b> <b>4</b> <b>22</b> <b>7</b> <b>234,58</b> <b>202,42</b> <b>2.292,27</b> <b>11,22</b> <b>22,35</b> <b>-</b> <b>0,50</b>
	Zusammen		2.800,34	<b>2.798,34</b>
	Zugang/Abgang			<b>-2</b>
	<b>Leerstellen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E10 E9 E8 E6 E5 E3	4 33 60 360 8 11	<b>4</b> <b>33</b> <b>60</b> <b>360</b> <b>8</b> <b>11</b>
	Zusammen		476	<b>476</b>
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Leerstellen):</b> <i>Bis zu zehn Leerstellen dürfen mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Zeitpunkt der Besetzung seit mehr als zwei Jahren erkrankt waren und für die keine Entgelte mehr gezahlt werden. Art. 50 Abs. 4 und 5 BayHO gelten entsprechend.</i>			

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+1	Absenkung von BesGr R2 zur Finanzierung von Stellenhebungen
	+2	Absenkung von BesGr R1+AZ zur Finanzierung von Stellenhebungen
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-2	Absenkung nach BesGr A6
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+2	Absenkung von BesGr A7
Summe Absenkung	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	<b>+34,97</b>	
<b>Personalsoll B (Personal aus Mitteln)</b>		
<b>neu</b>		
<b>Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+20	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Aushilfsarbeitnehmer zur Bewältigung von Vakanzen im Service- und Wachtmeisterbereich)
Summe neu	+20	
<b>Einsparung</b>		
<b>Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2018
Summe Einsparung	-5	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	<b>+15</b>	
<b>LEERSTELLEN</b>		
<b>neu</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>		
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzender Richterinnen an Oberlandesgerichten, Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen	+1	neu
A6 Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	+5	neu
A6 Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	+5	neu
Summe neu	+11	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	<b>+11</b>	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
<b>428 11</b>	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		125	<b>145</b>
	Zusammen		125	<b>145</b>
	Zugang/Abgang			<b>+20</b>
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		109,51	<b>104,51</b>
	Zusammen		109,51	<b>104,51</b>
	Zugang/Abgang			<b>-5</b>
	<b>Gesamtübersicht</b>			
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)		10.458,33	<b>10.495,30</b>
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		616	<b>616</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2.800,34	<b>2.798,34</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		13.874,67	<b>13.909,64</b>
	Ferner:			
422 26	Rechtsreferendare		4.000	<b>4.000</b>
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		40	<b>40</b>
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		125	<b>145</b>
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		109,51	<b>104,51</b>
	<b>Personalsoll B</b>		4.274,51	<b>4.289,51</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		18.149,18	<b>18.199,15</b>



## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Justizvollzugsanstalten können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Justizvollzugsanstalten abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZulV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>			
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>			
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä3 besetzt werden.</i>	A16	10	10
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		22	22
	Dekane, Dekaninnen - im Justizvollzugsdienst	A15	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä2 besetzt werden.</i>		28	28
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		50	50
	Medizinaloberärzte, Medizinaloberärztinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä1 besetzt werden.</i>	A14	11	11
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		64	70
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst		20	21
	Rektoren, Rektorinnen		4	4
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	31	32
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	A13	5	6
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		80,75	78,75
	Sozialrat, Sozialrätin		1	1
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		17	18
	Amtsräte, Amtsrätinnen - im Justizvollzugsdienst	A12	3	3
	Fachoberlehrer, Fachoberlehrerinnen		2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		44	47
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		18	21
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2
	Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	A11	38	39
	Amtmänner, Amtfrauen - im Krankenpflagedienst		6	6
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen		67	68
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		36	38
	Technische Amt männer, Technische Amt frauen		19	20
	Förderlehrer, Förderlehrerin	A10	1	1
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst		65	67
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Krankenpflagedienst		5	5
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen		55,73	55,73
	Sozial oberinspektoren, Sozial oberinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der EGr S 15 in Anspruch genommen werden.</i>		65	84
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		19	20



Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>		
<b>neu</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A14 Pfarrer, Pfarrerrinnen - im Justizvollzugsdienst	+1	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
A13 Studienräte, Studienrätinnen im +AZ Mittelschuldienst (Justizvollzug)	+1	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
A13 Pfarrer, Pfarrerrinnen - im Justizvollzugsdienst	+1	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
	+1	neu (JVA Passau)
Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	+1	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
A12 Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	+1	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
A11 Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	+1	neu (JVA Passau)
Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+1	neu (JVA Passau)
Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen	+2	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+1	neu (JVA Passau)
A10 Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	+2	neu (JVA Passau)
Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+1	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+1	neu (JVA Passau)
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im +AZ Justizvollzugsdienst	+21	neu (JVA Passau)
Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	neu (JVA Passau)
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+1	neu (JVA Passau)
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	+48	neu (JVA Passau)
Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+3	neu (JVA Passau)
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+1	neu (Fachdienste JVA Hof Abschiebungshaft)
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+2	neu (JVA Passau)
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+9	neu (JVA Passau)
Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	+3	neu (JVA Passau)
Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+4	neu (JVA Passau)
A7 Stationspfleger, Stationsschwestern +AZ	+2	neu (medizinische Versorgung)
A7 Krankenpfleger, Krankenschwestern Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+3 +1	neu (medizinische Versorgung) neu (JVA Passau)

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
noch 422 01	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9+AZ	365	<b>390</b>
	Pflegevorsteher, Oberinnen		19	<b>21</b>
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		18	<b>19</b>
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		49	<b>53</b>
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9	842,33	<b>890,33</b>
	Oberpfleger, Oberschwestern		47	<b>47</b>
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		78,67	<b>78,67</b>
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		40	<b>1</b>
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		113	<b>115</b>
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwestern	A8	85	<b>86</b>
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.524	<b>1.529</b>
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		192	<b>195</b>
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		67	<b>71</b>
	Stationspfleger, Stationsschwestern	A7+AZ	36	<b>37</b>
	Krankenpfleger, Krankenschwestern	A7	40	<b>41</b>
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.162,17	<b>1.163,17</b>
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		98	<b>98</b>
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen		72	<b>76</b>
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	23	<b>23</b>
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		18,67	<b>21,67</b>
	Zusammen		5.689,32	<b>5.796,32</b>
	Zugang/Abgang			<b>+107</b>
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :</b>			
	1) Die Stellen der BesGr R 1 bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.			
	2) Die im Haushalt 2021 für die Justizvollzugsanstalt Passau neu ausgebrachten Planstellen der BesGr A7 bis A11 für den Allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst dürfen bis zum 01.02.2027 nur mit Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst oder Beamten und Beamtinnen im Eingangsamtsamt der jeweiligen Fachlaufbahn besetzt werden. Dies gilt nicht für Planstellen, die im Wege der Versetzung aus anderen Justizvollzugsanstalten besetzt werden.			
	<b>Leerstellen</b>			
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	6	<b>6</b>
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	12	<b>12</b>
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	5	<b>5</b>
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	9	<b>12</b>
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		3	<b>3</b>
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	15	<b>15</b>
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	21	<b>21</b>
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	18	<b>18</b>
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A8	41	<b>46</b>
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A7	90	<b>90</b>
	Zusammen		220	<b>228</b>
	Zugang/Abgang			<b>+8</b>
<b>422 21</b>	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>			
	Regierungsinspektor anwärter, Regierungsinspektor anwärterinnen	A9	20	<b>20</b>

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+3	neu (JVA Passau)
Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+4	neu (JVA Passau)
A6 Regierungsssekretäre, Regierungsssekretärinnen	+3	neu (JVA Passau)
Summe neu	+125	
<b>Umwandlung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+2	Umwandlung von 428 01 EGr 14
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14
Summe Umwandlung	-	
<b>Umwandlung (Tarifvertrag)</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-20	Umwandlung und Hebung nach 428 01 EGr 11
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+20	Umwandlung und Hebung von 422 01 BesGr A9
Summe Umwandlung (Tarifvertrag)	-	
<b>kostenwirksame Hebung</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+18	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-18	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Summe kostenwirksame Hebung	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)</b>		
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	kostenwirksame Hebung von EGr 10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach EGr 11
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+7	kostenwirksame Hebung von EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2019)</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14

04 05  
Justizvollzugsanstalten

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
noch 422 21	Regierungssekretärwärter, Regierungssekretärwärterinnen, Obersekretärwärter, Obersekretärwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen	A6-A7	228	<b>228</b>
	Zusammen		248	<b>248</b>
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte (Richter)</b>	A16+AZ -A3	10	<b>10</b>
	Zusammen		10	<b>10</b>
<b>427 01</b>	<b>Nebenamtlich und -beruflich Tätige</b>			
	Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		45	<b>45</b>
	Zusammen		45	<b>45</b>
<b>427 41</b>	<b>Praktikanten</b>			
	Praktikanten, Praktikantinnen		3	<b>3</b>
	Zusammen		3	<b>3</b>
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 <i>8 Stellen ku nach BesGr A13 (Regierungsrat)</i> <i>jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E14	12	<b>10</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	8	<b>30</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	15	<b>15</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 <i>49 Stellen ku nach EGr 7 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>	E8	160	<b>162</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	27	<b>25</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	37	<b>37</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	2	<b>2</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	4	<b>4</b>
	Zusammen		267	<b>285</b>
	Zugang/Abgang			<b>+18</b>
	<b>Leerstellen</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	6	<b>6</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	<b>2</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	9	<b>9</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	28	<b>28</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	<b>10</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	5	<b>5</b>
	Zusammen		60	<b>60</b>
<b>428 11</b>	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		44	<b>44</b>
	Zusammen		44	<b>44</b>
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11:</b>			
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 44 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>			

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+3 -3	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Technische Inspektoren, Technische +AZ Inspektorinnen	+3 +3	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
A8 Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	+3 -3	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+3 -3	kostenwirksame Hebung von BesGr A7 kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2019)	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2020)</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
A12 Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+2 -2	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im +AZ Justizvollzugsdienst	+2 +4	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	+2 -4	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
Oberpfleger, Oberschwesterinnen	+4 -2	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+2 -2	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A8 Abteilungspfleger, Abteilungsschwesterinnen	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+3 -4	kostenwirksame Hebung von BesGr A7+AZ kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Stationspfleger, Stationsschwesterinnen +AZ	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A7

**04 05**  
**Justizvollzugsanstalten**

**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		36	<b>36</b>
	Zusammen		36	<b>36</b>
	<b>Gesamtübersicht</b>			
422 01	Planmäßige Beamte		5.689,32	<b>5.796,32</b>
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		248	<b>248</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		267	<b>285</b>
	<b>Personalsoll A</b>		6.204,32	<b>6.329,32</b>
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)			
	Ferner:			
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		45	<b>45</b>
427 41	Praktikanten		3	<b>3</b>
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		44	<b>44</b>
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		36	<b>36</b>
	<b>Personalsoll B</b>		128	<b>128</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		6.332,32	<b>6.457,32</b>

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2021	
1	2	3
A7 Krankenpfleger, Krankenschwestern Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2019/2020 für 2020)	-2 -	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7+AZ
<b>Absenkung</b>		
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>		
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	Absenkung nach EGr 7 im Vollzug des ku-Vermerks
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Summe Absenkung	+5 -	Absenkung von EGr 8 im Vollzug des ku-Vermerks
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+125	
<b>LEERSTELLEN</b>		
<b>neu</b>		
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>		
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+3	neu
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+5	neu
Summe neu	+8	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+8	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2020	2021
1	2	3	4	5
	<b>Gesamtübersicht Einzelplan 04</b>			
422 01	Planmäßige Beamte		16.292,10	<b>16.441,07</b>
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		864	<b>864</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.107,34	<b>3.123,34</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		20.263,44	<b>20.428,41</b>
	Ferner:			
422 26	Rechtsreferendare		4.000	<b>4.000</b>
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		85	<b>85</b>
427 41	Praktikanten		3	<b>3</b>
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		169	<b>189</b>
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		148,85	<b>143,85</b>
	<b>Personalsoll B</b> (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.405,85	<b>4.420,85</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		24.669,29	<b>24.849,26</b>
	Nachrichtlich:			
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		2,25	<b>1,99</b>
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		36,81	<b>44,84</b>
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		6,20	<b>6,37</b>